

# Breslauer



# Zeitung.

Nº 235.

Sonntag den 25. August

1850.

## Telegraphische Korrespondenz

für politische Nachrichten und Fonds-Course.  
Hamburg, 23. August. Wechselkurse unverändert. Köln-  
Minden 96½%. Nordbahn 40½%.

Frankfurt a. M., 23. August. Nordbahn 43½%.  
Wien 101½%.

Stuttgart, 22. August. Am 20. und 21. Sep-  
tember finden die neuen Wahlen statt.

London, 21. August. Consols 96½%.

Genoa, 20. August. Der Präsident der Deputir-  
tenkammer Pinelli, der Professor der Theologie Tonello  
und ein Beamter des sardinischen Ministeriums des  
Innern sind aus Turin hier eingetroffen und auf einem  
königlichen Dampfer bereite eilends nach Rom abgereist.

Turin, 20. August. Die Königin hat sich von Gou-  
mauer nach Moncalieri begeben.

Napoli, 15. August. Viele einer Korrespondenz der  
Croce di Savoia hätten sich zwei Schweizerregimenten  
geweigert, den neuen Eid zu leisten.

## Neubruch.

Breslau, 24. August. Die Berliner „Const. 31g.“ meldet: daß  
Preußen von Seiten Englands aufgesfordert worden sei, die  
Schleswig-Holsteiner zum Niederlegen der Waffen zu zwingen.  
Die preußische Kabinett habe aber diese Zumutung entschlossen zu-  
rückgewiesen.

Die Stathalterschaft von Schleswig-Holstein hat an Preußen eine  
Entschädigungsforderung (für Truppenversiegung etc.) von mehr  
als 150,000 Thlr. gestellt. Preußen kann dieselbe nicht zahlen, weil es  
anderweitig einen weit höheren schadhaften Vorwurf in der schleswig-  
holsteinischen Sache gemacht hat, der aber noch nicht zurückgezahlt  
wurde.

Einige Fürsten der Union sollen dem preußischen Kabinett eine Denkschrift überreicht haben, wonin Preußen genannt wird, abermals die  
Erwartungen des Volkes zu täuschen. Überhaupt sei, wie Berliner  
Zeitungen melden, ein abermaliger Umsturz der Politik zu Berlin er-  
folgt. Man habe sich endlich bei Hofe von der allgemeinen Enttäuschung  
des Volkes gegen Österreich überzeugt, und namentlich von dem allseitigen  
Wunsche des wehrhaften Theiles des preußischen Volkes: Österreich  
möchte seine unglaublichen Annahmen eine kleine Lektion zu geben,  
um in die vollendete Thatache der abgeschlossenen Konventionen  
sich fügen würde, so lange ihm nur die Aussicht offen bleibt,  
daß das preußische Kontingent mit den ihm einverlebten Kontingen-  
ten der mit Preußen verbündeten deutschen Staaten zur Dis-  
position des Bundestages vereinst werde gestellt werden.

Die Theorie des ununterbrochenen rechtlichen Fortdauer des  
Bundestages hat für Österreich schon eine viel reitere Bedeu-  
tung, als die vorhin angeführten Differenzen, wie sie andererseits  
für Preußen durch eine Reihe der allerbestimmtesten und unzweideutigsten  
Erklärungen völlig unannehmbar geworden ist. Aber  
zu werden nimmt daran glauben, daß Österreich jenseits Theorie  
zu Ende mit Preußen einen Krieg anfangen werde, und sind  
fest überzeugt, daß einzig und allein Preußen Schwäche und  
Halbwille es zuguzuschreiben sein würde, wenn die „Reaktivierung“  
des Bundestages auf diesem Wege Österreich gelänge.

Wir halten es für gewiß, daß Österreich den preußischen  
Protest gegen jede Einschaltung eines Bundesorgans ohne Preußen  
respektieren wird, wenn Preußen einerseits den  
eigenen Willen zeigt, denselben durchzuführen, andererseits aber  
sich geneigt finden läßt, auf dem Wege freier Vereinbarung zur  
Wiedereinführung des alten Bundesorgans die Hand zu drehen.  
Das ganze Gewebe von unverhohler Rechtsverdringung und  
Sophisterie, welches das Quasi-Plenum in seinen geheimen  
Sitzungen ausgebrüttet, in seinen Protokollen der Beratung der  
Nation Preis gegeben hat, würde bei der ersten Bereitwilligkeitss-  
erklärung Preußens zerfallen, und die neuesten Plenarprotokolle  
würden mit so vielen anderen zerissen Manifesten deutscher  
Regierungen ein Raub der stützenden Winde werden.

Der Präsident Eichmann ist aus Koblenz abgereist, um den  
Präsidenten der französischen Republik bei seiner Annäherung an  
die preußische Grenze zu begrüßen.

Aus Petersberg soll ein Befehl an die in Polen postierte russ-  
Kavallerie gelangen sein, sich unverzüglich an die preuß. Grenze zu begeben.  
— Wenn diese Nachricht wahr ist, so ist es doch nur blinder Zärt.

Am 22. ist der Friedenskongress zu Frankfurt a. M. eröffnet  
worden. Es haben sich dazu Hunderte von Franzosen, Engländer,  
Amerikaner etc. eingefunden. Wann diese Herren über ein stehendes  
Heer von 1 Million kommandieren werden, wird es möglich sein, ihre  
Beschlüsse zu realisieren.

In Dresden ist fortwährend vornehmer Besuch. Gegenwärtig be-  
findet sich dabei Prinz Gustav Wasa und der Wiener Gouverneur  
v. Welben.

In Holstein kursieren so mancherlei Gerüchte, die jedoch nicht viel  
Wahrheitlichkeit für sich haben. So soll sich General Willisen ent-  
schieden und ausschließlich für die Defensive erklärt, dagegen aber  
jede Ankündigung von Unterhandlungen seitens der Stathalterschaft  
sich verboten haben. Gerner sei Dänemark entschlossen, die Küsten aller  
deutschen Staaten, welche den Frieden nicht ratifiziert haben, zu blo-  
cken. Soviel steht jedoch fest, daß aus allen Vorbereitungen, die in  
Holstein und Schleswig getroffen werden, hervorgeht, daß mit Nach-  
stem wieder ein bedeutender Schlag ausgeführt werden wird.

Das dänische Hauptkorps steht um Schleswig, der linke Flügel bei  
Eckernförde, um der rechte zwischen Friedrichstadt und Husum. Über  
die Stellung des schleswig-holst. Heeres ist es gegenwärtig noch  
nicht Zeit zu berichten.

Die Königin von England ist mit ihrem Gemahl am 20. in  
den Prinzen und hat daselbst die belgische Königsfamilie  
wiederholt. — Wenn dieser Kontakt besteht, ist es gegenwärtig noch  
nicht Zeit zu berichten.

Die Königin von England ist mit ihrem Gemahl am 20. in  
den Prinzen und hat daselbst die belgische Königsfamilie  
wiederholt. — Wenn dieser Kontakt besteht, ist es gegenwärtig noch  
nicht Zeit zu berichten.

Es ist also die Frage über die schließliche Gestaltung des De-  
sinitivums, welche Österreich und Preußen wahrschafet spaltet,  
oder, richtiger gesagt, spalten müßte, wenn Preußen sein und  
Deutschlands Interesse ohne Voreingenommenheit ins Auge fassen  
möchte. Es ist mit einem Worte die Frage: ob in Deutschland  
künftig wieder der Absolutismus oder ob der Constitutionalismus  
herrschen, oder — was doch einmal auf Eins hinauskommen  
wird — ob Österreich oder Preußens Einfluss vorwiegen, ob  
Napoleons zu verhindern, soll sich ein neuer Kandidat für den Präsi-  
dentenposten der Republik gemeldet haben, nämlich: Prinz Joinville,  
der tüchtige Admiral und Sohn Louis Philippe.

Die Wiener Zeitung vom 22. veröffentlicht die Antwort des öster-  
reichischen Minister-Präsidenten auf die Note des preußischen  
Ministers des Auswärtigen in Bezug auf die Verwaltung des Bun-  
des-Eigenthums. (S. Wien.) Nach dem Wortlaut dieser Depesche  
sind die Sachen doch etwas anders, als die bisher aus Berlin erhaltenen  
Notizen andeuteten. Wir erwarten in dieser Note weder etwas  
Erfreuliches noch eine Nachgiebigkeit seitens Österreichs.

Breslau, 24. August.

Wie lange es auch noch gelingen möge, durch das Hervorkeh-  
ren einzelner Streitpunkte und weitaußgespannte Verhandlungen  
darüber den durchgreifenden und entscheidenden Differenzpunkt

zwischen dem Interesse Österreichs und Preußens zu verhüllen  
und die Aussicht auf eine vereinfachte vollständige Verständigung  
offen zu erhalten; endlich wird doch einmal der wahre Gege-  
nras zwischen den beiden deutschen Großmächten zu Tage tre-  
ten müssen. Die bis jetzt aufgeworfenen Streitfragen stehen  
mit ihm nur in mehr oder minder näher Verbindung, keine aber

erschöpfen ihn vollständig. Das Alles sind Fragen, welche auf den wesent-  
lichen Charakter jener Behörde ohne tiefern Einfluß bleiben.  
Die Hauptfrage wird doch immer darin liegen, daß eine lediglich  
von den Fürsten bestellte und diesen allein verantwortliche Be-  
hörde in höchster Instanz die Geschicke Deutschlands entscheiden,  
dass man sich nicht bei dem auf dem beiderseitig billigten Wege  
ergangenen Schiedsrichtersprache beruhigen dürfe, wenn nur die  
Voraussetzungen überholt bleiben, von denen Preußen bei sei-  
ner Forderung, Österreich bei seiner Weigerung ausgegangen ist.

Ob badischen Truppen der Durchmarsch durch die Bundes-  
festung Mainz einseitig von Österreich verwehrt werden darf,

ist eine Frage, welche die Ehre Preußens nahe genug berührt.

Die Entscheidung aber, wie sie auch ausfallen möge, wird kein

wichtiges Interesse eines der beiden Staaten so schwer treffen,

dass man sich nicht bei dem auf dem beiderseitig billigten Wege

ergangenen Schiedsrichtersprache beruhigen dürfe, wenn nur die

Voraussetzungen überholt bleiben, von denen Preußen bei sei-

ner Forderung, Österreich bei seiner Weigerung ausgegangen ist.

Willigt Preußen darin, dass die Union ihren Macken unter

die Schlinge eines solchen weiteren Bundes steuge, so mag und

wird Österreich sie nach langem Streifen und Makeln immerhin

annehmen. Preußen wird dann nichts gewonnen haben. Denn so

oft die Union Miene machen möchte, ihre Zwecke, welche ja auch die

erklärten Zwecke des weiteren Bundes sind, handeln und vor-

scheitend zu verwirklichen, wird die eiserne Faust der Bundesge-  
walt für aus den Sorgenfuhl wieder niederdücken, und in die

Grenzen ihrer Kompetenz, zur Geduld und zum politischen

Schlummer, zurückweisen.

Ein Unions-Parlament, aber unter einer absoluten und auch

für Unionszwecke kompetenten Bundesgewalt wäre eine Farsce,

nicht einmal das Gelde wert, das sie kosten müßte, und schwierig

möchten sich Männer von Ehre und Bildung finden, die das

großartige Schauspiel einer National-Berettung durch eine solche

Posses trauen zu lassen, welche die Notwendigkeit erkennen

müssen, wenn dieselben nicht bald gebliebt werden, vor allem

dem Mangel an Einkünften, und einer dieselben vermittelnden wohltuenden

Bundesschöpfe zugestehen werden müssen; dass die Befriedigung die-  
ses Bedürfnisses Ordnung, Sicherheit und Vertrauen wiederherstellen

wird, mit diesen aber der Wohlstand sich neuordnen kann, und die

durch ihn geweckte Hoffnung auf eine bessere Zukunft den Wunsch er-  
zeugen wird, in der verschöndenden Ausgleichung der bisherigen Gegen-  
säße eine Bürgschaft für die Verwirklichung der geplanten Hoffnungen zu suchen; dass Deutchlands Ehre auf dem Spiele steht, wenn es noch

länger dem Auslande das klagenswerte Schauspiel darbietet, dass

nach zwecklosen Streben nach größerer Einigung, die Spaltungen

immer empfindlicher werden, und das Band, welches noch fester ge-  
schlossen werden sollte, sich am Ende völlig auflöst, das gegen die

Wiedereinführung des verfassungsmäßigen Bundesorgans nur formelle

Bedien hinsichtlich der Anwendung einzelner Bestimmungen der offens-  
bar noch in voller Rechtstreit bestehenden Bundesverträge zu erheben

versucht werden, es aber lediglich von dem freien Willen jedes Bun-  
desgenossen abhängt, den formellen Anstand, welchen er durch seine Zu-  
stimmung zu dem am 12. Juli 1848 gefassten Beschluss gebracht hat,

um diesem zu folzen; dass Deutchlands gegenwärtige Berettung

die höheren Bündnisse, welche selmem durch einen 35jährigen Krie-  
gen geschlagen worden sind, an denen es verblühten muss, wenn dieselben nicht bald gebliebt werden, vor allem

dem Mangel an Einkünften, und einer dieselben vermittelnden wohltuenden

Bundesschöpfe zugestehen werden müssen; dass die Befriedigung die-  
ses Bedürfnisses Ordnung, Sicherheit und Vertrauen wiederherstellen

wird, mit diesen aber der Wohlstand sich neuordnen kann, und die

durch ihn geweckte Hoffnung auf eine bessere Zukunft den Wunsch er-  
zeugen wird, in der verschöndenden Ausgleichung der bisherigen Gegen-  
säße eine Bürgschaft für die Verwirklichung der geplanten Hoffnungen zu suchen; dass Deutchlands Ehre auf dem Spiele steht, wenn es noch

länger dem Auslande das klagenswerte Schauspiel darbietet, dass

nach zwecklosen Streben nach größerer Einigung, die Spaltungen

immer empfindlicher werden, und das Band, welches noch fester ge-  
schlossen werden sollte, sich am Ende völlig auflöst, das gegen die

Wiedereinführung des verfassungsmäßigen Bundesorgans nur formelle

Bedien hinsichtlich der Anwendung einzelner Bestimmungen der offens-  
bar noch in voller Rechtstreit bestehenden Bundesverträge zu erheben

versucht werden, es aber lediglich von dem freien Willen jedes Bun-  
desgenossen abhängt, den formellen Anstand, welchen er durch seine Zu-  
stimmung zu dem am 12. Juli 1848 gefassten Beschluss gebracht hat,

um diesem zu folzen; dass Deutchlands gegenwärtige Berettung

die höheren Bündnisse, welche selmem durch einen 35jährigen Krie-  
gen geschlagen worden sind, an denen es verblühten muss, wenn dieselben nicht bald gebliebt werden, vor allem

dem Mangel an Einkünften, und einer dieselben vermittelnden wohltuenden

Bundesschöpfe zugestehen werden müssen; dass die Befriedigung die-  
ses Bedürfnisses Ordnung, Sicherheit und Vertrauen wiederherstellen

wird, mit diesen aber der Wohlstand sich neuordnen kann, und die

durch ihn geweckte Hoffnung auf eine bessere Zukunft den Wunsch er-  
zeugen wird, in der verschöndenden Ausgleichung der bisherigen Gegen-  
säße eine Bürgschaft für die Verwirklichung der geplanten Hoffnungen zu suchen; dass Deutchlands Ehre auf dem Spiele steht, wenn es noch

länger dem Auslande das klagenswerte Schauspiel darbietet, dass

nach zwecklosen Streben nach größerer Einigung, die Spaltungen

immer empfindlicher werden, und das Band, welches noch fester ge-  
schlossen werden sollte, sich am Ende völlig auflöst, das gegen die

Wiedereinführung des verfassungsmäßigen Bundesorgans nur formelle

Bedien hinsichtlich der Anwendung einzelner Bestimmungen der offens-  
bar noch in voller Rechtstreit bestehenden Bundesverträge zu erheben

versucht werden, es aber lediglich von dem freien Willen jedes Bun-  
desgenossen abhängt, den formellen Anstand, welchen er durch seine Zu-  
stimmung zu dem am 12. Juli 1848 gefassten Beschluss gebracht hat,

um diesem zu folzen; dass Deutchlands gegenwärtige Berettung

die höheren Bündnisse, welche selmem durch einen 35jährigen Krie-  
gen geschlagen worden sind, an denen es verblühten muss, wenn dieselben nicht bald gebliebt werden, vor allem

dem Mangel an Einkünften, und einer dieselben vermittelnden wohltuenden

Bundesschöpfe zugestehen werden müssen; dass die Befriedigung die-  
ses Bedürfnisses Ordnung, Sicherheit und Vertrauen wiederherstellen

wird, mit diesen aber der Wohlstand sich neuordnen kann, und die

durch

cher Truppen fordert, hören wir, daß das Staatsministerium aus dem Grunde Anstand nimmt, die Summe zu bezahlen, weil die preußische Regierung bereits einen jene Summe bei Weitem übersteigenden Vorschuss in schleswig-holsteinischen Angelegenheiten dem Bunde gezahlt habe."

Der "Weser-Ztg." wird von hier geschrieben: Einige einflussreiche Mitglieder des Fürstenkollegiums haben der Regierung eine Denkschrift eingereicht, welche in ernsten Ausdrücken auf die Gefahren hinweist, denen sich Preußen ausgesetzt würde, wenn es in diesem verhängnisvollen Augenblick die Erwartungen des Volks abermals täusche. Es ist auf diese Vorstellung noch kein Bescheid erfolgt.

Das sich das Blatt abermals gewendet hat, sieht man auch aus den Organen der ministeriellen Presse. Die Correspondenzen ministerieller Färbung sprechen bereits von dem Urtheil, Desterreich müsse durch die preußischen Waffen eine derbe Lection erhalten, in der Arme und im Volke spreche sich dies ein Urtheil aus und diese Stimmung wache vom Tag zu Tage.

(Const. 3.)

Aus einem Artikel der "D. Reform" über die Stellung Preußens zu Desterreich entnehmen wir Folgendes: "Waren die Fragen, um welche es sich handelte, die badischen Truppenversetzung und die Verwaltung des Bundesgebietes nur an und für sich und ohne einen weitgreifenden Zusammenhang zur Verhandlung gekommen, so hätten wir die neuesten Vorschläge Desterreichs unbedingt als einen Schritt bereitwilliger Versöhnung mit aller Unbefangenheit begrüßen können; denn es ist den wesentlichen Forderungen, welche Preußen zur Behauptung seines Rechts dabei gestellt und deren Anerkennung Desterreich bis dahin entschieden versagt hatte, Genüge geschehen. Es ist das Recht Preußens zu dem Vertrag mit den badischen Regierung, wos nach die dortigen Truppen auf preußischem Gebiete reorganisiert und inzwischen preußische Truppen nach Baden verlegt werden, nicht mehr in Zweifel gezogen. Es ist ferner offen und blündig anerkannt, daß Desterreich keine Befugnis hatte, dem Gouvernement von Mainz Instruktionen in Bezug auf den Durchzug der badischen Truppen zu ertheilen. Es ist endlich anerkannt, daß Preußen durch seine Weigerung der Teilnahme an den Versuchen zur Wiedereinführung der alten Bundesverfassung seiner Rechte am Bunde selbst und an dessen Eigentum keineswegs verlustig gehe, daß vielmehr in dieser Beziehung das Prinzip gesetzlicher gemeinschaftlicher Verständigung allein Geltung haben könne."

Als weitere und viel bedeutendere Forderung müssen wir aber freilich die Anerkennung des Rechts der Union hinstellen, und wir bleiben dabei unverändert stehen, daß so lange dieses Recht bestreiten wird, alle sonstigen Versuche der Verständigung zu dem erwünschten Ziele nicht führen können. Die Feindseligkeit selbst, welche sich zuletzt in jenen besonderen Konflikten Luft macht, hat ihren Grund in dem Miftrauen gegenübers Preußens Festhalten an seinem und seiner Bundesgenossen gutem Recht, und wenn mithin jene einzelnen Differenzen nur Symptome des Kampfes gegen die preußische Auffassung des deutschen Bundesrechts überhaupt sind, so können wir auch in dem jessigen Falle keinen jener besonderen Streitpunkts nur dann eine wirklich erfreuliche und genügend Erscheinung beobachten, wenn wir dieselbe gleichfalls als Symptome einer größeren Sinnesänderung aufzufassen dürfen. Es kommt darauf an, ob bei dem gegenwärtigen Entgegenkommen wirklich der Wille zu Grunde liegt, überhaupt auf die Bahn offener Anerkennung des gegenseitigen Rechts und freier Verständigung über die Bundesinteressen einzulenden.

"Ist dies der Fall, so wird es noch nicht zu spät sein, zu einer allseitig befriedigenden Lösung der deutschen Würnisse zu gelangen, und der preußischen Ehre würde es gewiß am wenigsten widerstreben, zu einer solchen Lösung aufrichtig mitzuwirken: nur das muß sie verlangen und dafür muß sie auf ihrer Hut sein, daß man es eben von der andern Seite nicht minder aufrichtig und ehrlich meine. Preußen hat ja nur allzu lange seine ganze Ehre gerade darin gesezt, seinem alten Bundesgenossen zu nahe zu treten oder irgend einen Zwang anzutun; von diesem Grundsache ist es auch jetzt nicht abgegangen, nur muß es jetzt mit erheblicher Sorgfalt darüber wachen, daß derselbe Grundsatz der Ehrlichkeit von allen Seiten anerkannt und befolgt werde.

"Inwieweit aber dürfen wir glauben, daß Desterreich hierzu geneigt sei? Inwieweit dürfen wir daher über die Beilegung der augendrücklichen Konflikte bestredigt sein? Nach dem, was über die Fassung der betreffenden Eröffnungen verlautet, ist darin der bisherige österreichische Standpunkt, in Bezug auf das Bundesrecht, prinzipiell keineswegs aufgegeben, derselbe wird anderseits durch die so eben erfolgte Zusammensetzung der angeblichen Bundesversammlung nach Frankfurt noch entschiedener wieder geltend gemacht.

"Auf solchen Wege würde die Verständigung und die Beseitigung drohender neuer Konflikte schwerlich erreicht werden. Preußen wird sich nimmermehr dazu verstellen, die vermeinte Bundesversammlung und deren einseitige Beschlüsse anzuerkennen: nur von der gänzlich freien und von keinem Präjudiz befangenen Verhandlung aller zum Bunde gehörigen Staaten könnte Preußen die Herstellung einer neuen allgemeinen Bundesverfassung erwarten und die unabsehbare Voransetzung ist dabei, daß das Recht der Union nicht mehr in Frage gestellt werde.

"Wenn nun dennoch Desterreich gerade jetzt mit einem neuen Vertrag zu Verwirklichung seiner entgegengesetzten Pläne vorstretet: wie sollen wir da glauben, daß es mit jenen scheinbaren Zugeständnissen ernst gemeint sei, wie sollen wir in denselben die drückendsten Symptome einer größeren Umkehr erkennen?

"Wir müßten, den erwähnten Thatsachen gegenüber, allerdings bei allen Bedenken, bei allen Befürchtungen unbedingt stehen bleiben, welche in den lebhaftesten Zeiten die Gemüthe in Preußen mit so vollem Rechte erregt haben, wir könnten über die erlangte Verständigung im Einzelnen keine eigentliche Befreiung empfinden, wenn nicht viele und sehr bedeutsame Anzeichen vorlägen, welche andeuten, daß trotz jener widersprechenden Thatsachen wirklich ein verschämlicher Sinn bei der österreichischen Regierung Eingang gefunden hat, daß mehr und mehr die Überzeugung auch bei ihr zur Geltung kommt, daß eine glückliche Zukunft Deutschlands nur durch einen wahrhaft vertraulichen Zusammenschluß der beiden Großmächte zu sichern ist, daß aber dies Zusammenschluß nur dann bewirkt werden kann, wenn Preußens Recht und Ehre in vollem Maße anerkannt werden. Wenn die erwähnten Anzeichen nicht trügen, so wäre trotz alles entgegenstehenden Anscheins eine friedliche und ehrenvolle Verständigung über die deutschen Interessen in näherer Aussicht, als es seit langer Zeit der Fall gewesen ist."

"Wir müssen bedauern, daß das ministerielle Organ den „Thatsachen“ gegenüber uns über die „bedeutenden Anzeichen“ von dem veränderten Sinne der österr. Regierung so ganz im Dunkeln läßt.

(Berichtigung.) Es werden durch hiesige Zeitungen unablässige neue Gerüchte verbreitet, welche geeignet sind, die öffentliche Stimmung zu beunruhigen. Wenn sich auch dieselben immer bald als unbegründet erweisen, so bleibt doch ein gewisser schädlicher Gesamteindruck zurück, welcher das Verhalten der Regierung und die Stellung derselben zu den fremden Regierungen in einem durchaus falschen Lichte erscheinen läßt. Der Natur der Sache nach müssen die Verhandlungen, welche gegenwärtig im Gange sind, seitens der Regierung selbst mit größter Reserve behandelt werden, und es kann nicht Tag für Tag ein Rechenschaftsbericht über den Fortgang derselben veröffentlicht werden; desto mehr ist das Publikum vor den vielen falschen

Gerüchten über die inneren Vorgänge in den offiziellen Kreisen zu warnen. — In Betracht einzelner Thatsachen, welche angeführt werden, beschränkt wir uns für heute darauf, zu versichern, daß es völlig unwahr ist, daß die Königliche Regierung den Befehl ertheilt habe, den weiteren Abmarsch der badischen Truppen zu stoppen: es wird vielmehr der Abmarsch unverzüglich fortgesetzt werden. — Eben so beruhnen die Nachrichten über den vermeintlich verlebenden Inhalt des an Preußen erlassenen Auferforderungsschreibens zur Beschickung der Bundesversammlung auf reiner Erfindung.

## Deutschland.

Frankfurt, 20. Aug. [Berechtigung.] Die gestrigen Ereignisse der hiesigen "D. P. A. Z." bringt unter der Rubrik "Amtlicher Theil" Protokolle einer sogenannten Bundes-Plenarversammlung. Wir kennen keine solche Behörde. Die einzige, amtliche Charakter tragende Behörde des deutschen Bundes ist bis heute die Bundes-Central-Kommission, der es unsers Erachtens obliegen muß, eine Beschwerde gegen jenes Blatt zu formulieren, welches den Bestimmungen des deutschen Bundesrechts zuwider, einen hier zusammengetretenen Kongress mehrerer deutscher Regierungen als amtliche deutsche Behörde zu bezeichnen sich erdreistet. Eben so wenig wird es dem k. k. österreichischen Ministerial-Concils-Adjunkten Ritter von Roschmann gelingen, die Vollmachten dieser Kongressmitglieder in das Bundesarchiv zu deponieren, welches in diesem Augenblick lediglich zur Verfügung der Bundes-Central-Kommission steht. Wahrscheinlich trägt der k. k. österreichische Ministerial-Concils-Adjunkt eine große Mappe, welche mit dem Stempel "Bundesarchiv" bezeichnet ist. Wir wollen dem k. k. österreichischen Ministerial-Concils-Adjunkten diese Bundesstrophe noch recht lange gönnen. (F. J.)

Frankfurt, 21. August. [Der Friedens-Kongress.] Zu dem hier stattfindenden Friedens-Kongresse, welcher morgen Vormittag um 10 Uhr in der denkwürdigen Paulskirche eröffnet werden wird, werden heute Nachmittag und am Abende noch eine große Zahl französischer, englischer und amerikanischer Gelehrten und Philanthropen erwartet. Aus unserer Stadt hatten sich bis heute Mittag etwa 40 Theilnehmer schriftlich gemeldet. Dagegen ist die Zahl der aus dem übrigen Deutschland sich angemeldet habenden noch sehr gering zu nennen. Der geh. Staatsrat Dr. Jaup, der sich, um an diesem Kongresse Theil zu nehmen, bereits hier befindet, dürfte wohl dazu ausersehen werden, die Würde eines Vicepräsidenten zu begleiten. (F. J.)

Stuttgart, 18. August. Gestern Abend mit dem letzten Bahnhofe kam der russische Reichskanzler v. Nesselrode hier auf Besuch an; er nahm sein Abteilquartier beim hier befindlichen russischen Gesandten und wird morgen wieder von hier abreisen. (F. J.)

Karlsruhe, 20. August. Se. Königl. Hoher Prinz Adalbert von Preußen ist heute Morgen von hier nach Rostock abgereist. Se. Königl. Hoheit begiebt sich von da nach Freiburg und nach Donaueschingen, um an allen diesen Orten die daselbst stationierten königl. preußischen Artillerie-Abteilungen zu inspizieren. (Karlsr. 3.)

Wiesbaden, 20. Aug. [Die Legitimisten] vergessen über der Politik auch das Vergnügen nicht gänzlich. Gestern haben sie einen Ball veranstaltet. Die Einladung erfolgte im Namen des Grafen Chambord, der indessen selbst verhindert war, zu erscheinen. Heute werden im Kursaal die Arbeiter aus Paris eingeladen. Graf von Chambord war mit glänzendem Erfolge im Theater. Auf der Ranggallerie sah man eine Bäuerin aus der Vendée, welche nebst zwei Arbeitern aus Paris später zur Tafel des Grafen gezogen wurde. — Bis jetzt sind einschließlich der 80 aus Paris gekommenen Arbeiter 485 Legitimisten hier eingetroffen. (F. J.)

Dresden, 22. August. [Göste.] Prinz Gustav von Wasa ist gestern Abend in Pillnitz eingetroffen. Vorgestern ist der Civil- und Militär-Gouverneur von Wien, Feldzeugmeister Frhr. v. Welden, hier angekommen. (D. A. 3.)

## Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 20. Aug. Es liegt uns ein authentischer Brief aus Kopenhagen vor, welcher die Stärke der dänischen Militärmacht auf 2 Artillerie-Regimenter, 6 Kavallerie-Regimenter, 17 Infanterie-Bataillone, 5 Jägerkorps und 1 Infanteriekorps angibt; zu diesen tritt noch die Leibgarde zu Pferde und zu Fuß, die Garde-Husarendivision und das Leibjägerkorps. Dieser Gesamtarmee sind drei kommandirende Generäle vorgelegt. Die Infanterie, deren Bataillons und Jägerkorps 4 Kompanien (à 160 Mann) haben, ist in 4 Brigaden, die Kavallerie in 3 und die Artillerie in eine Brigade eingeteilt. Jedes der 6 Kavallerie-Regimenter hat 4 Eskadronen, à 120 Mann. Das erste Artillerie-Regiment besteht aus 8 und das zweite aus 4 Bataillons und einer Pontonier-Kompanie. Jede Batterie hat 6 Kanonen und 2 Granaten-Kanonen, sowie 208 Mann, außer den Offizieren und Spielzeugen. An Offizieren hat ein Kavallerie-Regiment 1 Kommandeur (Oberst oder Oberstleutnant), 1 Major, 4 Rittmeister, 6 Premier- und 4 Sekondlieutenants. Ein Infanterie-Bataillon oder Jägerkorps hat 1 Kommandeur, 1 Major, 4 Kapitäns, 6 Premier- und 6 Sekondlieutenants. Ein Bataillone endlich hat 2 Kapitäns, 1 Premier- und 1 Sekondlieutenant. Bei der Artillerie stehen im Ganzen unter dem Kommandeur 4 Obersten, 8 Majors, 31 Kapitäns, 30 Premier- und 12 Sekondlieutenants. — Diese Angabe stimmt mit dem unter 28. April 1842 ins Leben gerufenen und gefestigt noch nicht abgeänderten Organisationsplan der Armee. Es ist indes anzunehmen, daß die im angegebenen Organisation ins Idiotische Schlachtfelder gesandten dänischen Militärcorpsen eine und zwar mehr als die doppelte Verstärkung erfahren, da es notorisch ist, daß die dänische Armee bei Idstedt mindestens 40,000 Mann zählte. — Dieser Organisationsplan ist auch noch deswegen bemerkenswert, weil er für die Organisation unseres Militärs, trotzdem es jetzt vielfach auf preußische Weise ausgebildet wird, doch noch immer die Wurzel bildet. So hatten wir bei Idstedt 15 Bataillone Musketeers, 5 Jägerkorps, 2 Kavallerie-Regimenter, 12 Batterien u. s. w. Nach dem veröffentlichten "Leitfaden für Militär" besteht ferner unsere Infanterie aus 2 Brigaden und 1 Jägerinspektion, welche gleich der dänischen Organisation, in Bataillons zu 4 Kompanien eingeteilt sind. Die Offiziere unserer Armee stellen sich gleichfalls in dänischer Weise heraus. Nach erwähntem Leitfaden muß der Oberbefehlshaber der Armee General-Lieutenant, der Brigade-Kommandeur General-Major, Oberst oder Oberslieutenant, der Bataillon- und Kompanie-Chef bezüglich Major und Hauptmann sein.

Bislang beträgt die Zahl der in unser Heer eingetretenen Freiwilligen nicht mehr als ungefähr 1500. Über die Stellung

\* Der Redakteur der Hildburghäuser "Dorfzeitung" äußert sich in seinem neuesten Blatte über den Friedens-Kongress: "Mitte im größten Unstaden geniest Deutschland das Schauspiel eines feierlich ausgerufenen Friedenskongresses. In Frankfort haben sich die Freunde und Feinde derselben versammelt, Englander, Franzosen und Nordamerikaner, und durch ganz Deutschland liegen Briefe, um nach Frankfort einzutragen. Allgemeine Freiheit wird durch Friedenskongressen der Bösewichte ausgeschlagen, die durch den Umstand erklärt sein, daß jenes Ereignis nur seltsam ist, unter Verlust der Ehre und Würde der Freiheit. Wir können jedoch nicht unterschlagen, daß gerade die praktischen Folgen, welche sich an das Vorhandensein des Bundes-Eigentums knüpfen, die deutlichen Beweise dafür enthalten, daß wir uns nicht im Irrethrum befinden, wenn wir die wachsende Verbindung zwischen den verschiedenen Teilen des Deutschen Reichs verstehen. Die Freiheit und Unabhängigkeit der verschiedenen Teile des Deutschen Reichs ist eindeutig bewiesen, und daher nur an die in derartig vertretenen Regierungen gelehrt werden kann. Wir werden nach Fassung des befragten Gesandten in Wien erlassen haben, daß ihm auch keine Thatsachen vorliegen, wonach er annehmen könnte, der Artikel sei der wahre Ausdruck der hiesigen Stimmung." (H. R.)

Wien, 22. August. Die heutige Wiener Ztg. enthält in Bezug auf die (von uns mitgeteilte) Depesche des Herrn v. Schleinitz Nachstehendes: "Nachdem die Frank. Ober-Post-Amts-Zeitung" und aus derselben die "Kön. Ztg." die Depesche veröffentlicht haben, welche der hr. Minister v. Schleinitz in Bezug auf die Verwaltung des Bundes-Eigentums unter 5. August l. J. an den königl. preußischen Gesandten in Wien erlassen hat, so sehen wir uns in die Lage versetzt, unseren Lesern auch die darauf erfolgte Gewidderung mitzuhören.

Weisung des kaiserlichen Minister-Präsidenten Fürsten v. Schwarzenberg, an Freiherrn v. Proesch in Berlin,

dd. Wien, am 12. August 1850.

"Um, wollen aus der anliegenden Abschrift eines mir von dem hr. Grafen v. Bismarck mitgeteilten Gesetzes der königl. preuß. Regierung vom 5. M. entnommen, welchen Vortrag Preußen im Hinblick auf den bevorstehenden Zusammentritt des engsten Rates der Bundes-Verwaltung in Bezug der Verwaltung des Bundes-Eigentums an uns richtet. — Die königl. Regierung hebt in diesem Erlass hervor, daß die hiesige Stimmung des hiesigen Magistrats belegt ihn wegen grober Fahrlässigkeit in öffentlicher Besprengung hiesiger Zustände und Verhältnisse mit einem ernstlichen Verweise und entzieht ihm die Erlaubnis, in hiesiger Stadt, die er innerhalb 24 Stunden zu verlassen, sich aufzuhalten. In Gemäßheit dieses Erlasses ist Herr Heller heute Morgen aus der Festung entfernt, und hat sich mit dem Bahnhofe nach Süden begeben. Es ist selbstverständlich, daß während der Dauer der Untersuchung die Schreiber, welche nebst zwei Arbeitern aus Paris später zur Tafel des Grafen gezogen wurde. — Bis jetzt sind einschließlich der 80 aus Paris gekommenen Arbeiter 485 Legitimisten hier eingetroffen.

"Um, wollen aus der anliegenden Abschrift eines mir von dem hr. Grafen v. Bismarck mitgeteilten Gesetzes der königl. preuß. Regierung vom 5. M. entnommen, welchen Vortrag Preußen im Hinblick auf den bevorstehenden Zusammentritt des engsten Rates der Bundes-Verwaltung in Bezug der Verwaltung des Bundes-Eigentums an uns richtet. — Die königl. Regierung hebt in diesem Erlass hervor, daß die hiesige Stimmung des hiesigen Magistrats belegt ihn wegen grober Fahrlässigkeit in öffentlicher Besprengung hiesiger Zustände und Verhältnisse mit einem ernstlichen Verweise und entzieht ihm die Erlaubnis, in hiesiger Stadt, die er innerhalb 24 Stunden zu verlassen, sich aufzuhalten. In Gemäßheit dieses Erlasses ist Herr Heller heute Morgen aus der Festung entfernt, und hat sich mit dem Bahnhofe nach Süden begeben. Es ist selbstverständlich, daß während der Dauer der Untersuchung die Schreiber, welche nebst zwei Arbeitern aus Paris später zur Tafel des Grafen gezogen wurde. — Bis jetzt sind einschließlich der 80 aus Paris gekommenen Arbeiter 485 Legitimisten hier eingetroffen.

"Um, wollen aus der anliegenden Abschrift eines mir von dem hr. Grafen v. Bismarck mitgeteilten Gesetzes der königl. preuß. Regierung vom 5. M. entnommen, welchen Vortrag Preußen im Hinblick auf den bevorstehenden Zusammentritt des engsten Rates der Bundes-Verwaltung in Bezug der Verwaltung des Bundes-Eigentums an uns richtet. — Die königl. Regierung hebt in diesem Erlass hervor, daß die hiesige Stimmung des hiesigen Magistrats belegt ihn wegen grober Fahrlässigkeit in öffentlicher Besprengung hiesiger Zustände und Verhältnisse mit einem ernstlichen Verweise und entzieht ihm die Erlaubnis, in hiesiger Stadt, die er innerhalb 24 Stunden zu verlassen, sich aufzuhalten. In Gemäßheit dieses Erlasses ist Herr Heller heute Morgen aus der Festung entfernt, und hat sich mit dem Bahnhofe nach Süden begeben. Es ist selbstverständlich, daß während der Dauer der Untersuchung die Schreiber, welche nebst zwei Arbeitern aus Paris später zur Tafel des Grafen gezogen wurde. — Bis jetzt sind einschließlich der 80 aus Paris gekommenen Arbeiter 485 Legitimisten hier eingetroffen.

"Um, wollen aus der anliegenden Abschrift eines mir von dem hr. Grafen v. Bismarck mitgeteilten Gesetzes der königl. preuß. Regierung vom 5. M. entnommen, welchen Vortrag Preußen im Hinblick auf den bevorstehenden Zusammentritt des engsten Rates der Bundes-Verwaltung in Bezug der Verwaltung des Bundes-Eigentums an uns richtet. — Die königl. Regierung hebt in diesem Erlass hervor, daß die hiesige Stimmung des hiesigen Magistrats belegt ihn wegen grober Fahrlässigkeit in öffentlicher Besprengung hiesiger Zustände und Verhältnisse mit einem ernstlichen Verweise und entzieht ihm die Erlaubnis, in hiesiger Stadt, die er innerhalb 24 Stunden zu verlassen, sich aufzuhalten. In Gemäßheit dieses Erlasses ist Herr Heller heute Morgen aus der Festung entfernt, und hat sich mit dem Bahnhofe nach Süden begeben. Es ist selbstverständlich, daß während der Dauer der Untersuchung die Schreiber, welche nebst zwei Arbeitern aus Paris später zur Tafel des Grafen gezogen wurde. — Bis jetzt sind einschließlich der 80 aus Paris gekommenen Arbeiter 485 Legitimisten hier eingetroffen.

Recht Preußens anzutreten, so kann doch dessen Ausübung unstrittig General Castellane mußte den Degen ziehen, um den Präsidenten zu verteidigen, der nur mit großer Mühe der drohenden Menge entkommen werden konnte. — Man spricht von einem Komplot, auf die organischen Gesetze des Bundes und auf besondere gütige Wahlenhandlungen der Sollemnität sich gründen. Auf die Fortbauer der Bundes-Kommission, welche seit dem 1. Mai d. J. thätsächlich noch Abhilfe gewährte, hat Preußen keinen Anspruch; dieselbe besteht nur noch durch Auflösung der übrigen Bundesgenossen, deren Recht am Bundesgegenstand ganz dasselbe ist, wie dasjenige Preußens, und an welche nicht die Zunahme gestellt werden kann, sich von der Zunahme an der gemeinsamen Verfügung und Verwaltung auf unbestimmte Zeit nach dem Ersten Preußens auszudeuten.

Wir sind aus diesen Gründen der Ansicht, daß das unbestritten Recht Preußens auf Minnereiung des Bundes-Eigenhums nicht auch das Recht in sich begriffe, außerhalb der Verfassung des Bundes auszuüben, und wir glauben hierbei, wie ich wohl hinzufügen darf, eine rechtmissliche Stellung einzunehmen, als jene ist, von welcher aus die königl. preußische Regierung es über sich genommen hat, den Bormus einer Aktion gegen uns auszusprechen. Auch befinden wir uns nicht in der Lage, den zu Frankfurt zu ssenden Beschlüsse über die Verwaltung des Bundes-Eigenhums, also über eine wesentliche zur Kompetenz der wieder einzuherrschenden Bundes-Verfassung gehörige Angelegenheit in irgend einer Weise vorzugeben, indem wir dort nur eine Meinung zu äußern haben. — Da wir aber auf die Schaltung des guten Einverständnisses mit Preußen den höchsten Werth legen, und jeder zulässigen Rücksicht auf vorhandene Schwierigkeiten bereitwillig Raum geben, wenn es gilt, einem auf dieses Ziel gerichteten Vorfall des königl. Regierung entgegen zu kommen, so haben wir uns durch unsere Rechtsgeister nicht abhalten lassen, zu erwägen, in wieweit der von Preußen vorgeschlagene Ausweg den übrigen Bundes-Regierungen, bei welchen dieselbe Wunsch der Fortbildung vorausgesetzt werden darf, von uns empfohlen werden können. — Das Kaiserl. Cabinet erklärt sich demgemäß bereit, seine Stimme in Frankfurt dahin abzugeben, den der Grundzustand des preußischen Vorfallsages:

„die Verwaltung des Bundes-Eigenhums als einen von der noch schwierigen Hauptfragen über die politische Schaltung des Bundes völlig gelöste Gegebenheit zu betrachten.“

von der Bundes-Verfassung als ein vorübergehendes Auskunftsmitglied angenommen werde und zwar so, daß ganz in die Absicht einzugehen wäre, die materielle Verwaltung des Bundes-Eigenhums in Gemeinschaft mit den in der Verfassung nicht vertretenen Regierungen möglich zu machen, ohne daß dadurch einem der Theile in der Hauptstadt etwas verloren würde. — Was dagegen die Modalitäten des Anfangszeitraumes der Verwaltung dieses Grundzustandes anlangt, so vermögen wir uns theils aus den angeführten Gründen, theils aus Rücksichten anderer Art zu einer Verlängerung der Thätigkeit der Bundes-Kommission nicht zu entschließen.

Wir müssen vielmehr unsern Antrag darstellen, daß die Bundes-Verfassung, abgesehen von ihrer früheren Praxis, für die gesamme Verwaltung des Bundes-Eigenhums einen eigenen Auskunftsmitglied annehmen werde, um soviel wie möglich die bestehenden Verhältnisse der Regierungen, die in der Verfassung nicht vertreten sind, in näher zu verabredende Formen zu einer innerimperialen Verwaltungs-Kommission bis auf Weiteres aufzuteilen hätten. Diese Kommission würde ihrer Bereiche selbstständig zuverlässig haben, und könnten die vorläufig die jetzt bestehenden Vertheilungen für die Geltungen, für die Marine und für die Kaffen-Angelegenheiten in allen die materielle Verwaltung betreffenden Geschäften untergeordnet bleiben. Für die voraussichtlich seltenen Fälle, in welchen eine Einigung innerhalb der Kommission nicht zu Stande kommen könnte, wäre eine ausnahmsweise Form der Entscheidung nach dem in der Kommission sich ergebenden Verhältnisse der Regierungen zu vereinbaren. — Die königl. preußische Regierung wird leicht erkennen, daß dieses Anerbieten auf einer so eingehenden Befürderung ihres Vorfallsages beruht, als unsre Stellung sie uns irgend gefällt. Sobald Preußen, wie wir hoffen, seine Zustimmung erhalten habe, werden wir uns besteln, mit den betreffenden Regierungen in Beichnen zu treten, damit im Falle ihrer Einigung die erforderlichen Beschlüsse zugleich mit der Rekonstitution des Bundes-Verfassung gefaßt, und jede Unterbrechung der seither in Gemeinschaft mit Preußen ausgeübten Verwaltungs-Thätigkeit vermieden werde.

Seit einigen Tagen zirkuliert hier ein Gericht von einem Schreiben des Prinzen v. Joinville, in welchem der junge Admiral eine Art von demokratischem Glaubensbekennnis ablegt, und als Kandidat für die Präsidentschaft auftritt. So wenig authentisch diese Nachricht auch ist, so verbreitet sie sich auch immer mehr und gewinnt eine gewisse Konstanz. Nach dem „Paris Bulletin“ soll der Prinz in dem an ein Mitglied der Permanenz-Kommission gerichteten Schreiben sich wörtlich dahin äußern, daß er für Frankreich nur zwei Regierungen möglich halte, die legitime Monarchie, oder die Republik, aber keine prinzipielle Republik. Was die Vermittelungs-Monarchie anbelangt, die wir seit 18 Jahren gehabt haben, so wäre es unmöglich, ohne Gefahr einen zweiten Versuch mit ihr zu machen. Das Letzte klingt in dem Munde eines Sohnes Louis Philippe's seltsam genug u. muß die Authentizität des Schreibens sehr bezweifeln lassen. Das „Bulletin“ stellt dieselbe jedoch als zweitlos dar, und meint, daß wenn im Jahre 1852 außer der bonapartistischen, legitimistischen, orleanistischen noch eine Partei Joinville auftreten sollte, die rothe Partei, den Sieg davon tragen werde. Ein Mitglied der Permanenz-Kommission bezeichnete den Prinzen Joinville nach diesem Schreiben sehr treffend als „den Napoleon Bonaparte der Familie Orlean.“

In politischen Kreisen will man wissen, daß der Belagerungs-zustand der Departements, durch welche Bonaparte auf seiner Reise gekommen ist, aufgehoben werden wird. Die Episoden der Strafgerichtsplege zu vermeiden, auf eine Vermeidung des Standes der Untersuchungsrichter angemessen. — Der Statthalter von Schlesien, Dr. Kalckberg, erließ die dortigen katholischen und protestantischen Geistlichen ein angeschriebenes, worin er um ihre Unterstützung ersucht, bei den katholischen Religions- und Anfeindungen zwischen der katholischen und evangelischen Bevölkerung im Kreise Beschen, verschärft einzuschreiten, und in den Predigten zur größten Mäßigung aufzufordern, damit diesem Uebel bei Zeiten entgegen gewirkt werde. — Mr. Lumière, Superintendent von Mâcon und verbleiben, ist hier angelommen, um beim Ministerium wie Sch. Kaiser anzufragen, wie weit die definitive Gestaltung der beimgelassenen Kirche in Österreich geboten sei, da doch nicht annehmen wäre, daß diese ewig ein Provisorium bleiben soll. — Zunächst versichert, daß man damit umgehe, vorläufig bis zur Re-Marung des Balutaverhältnisse überhaupt die Einheit in der katholischen Kirche herzustellen.

Pax Gestern sind angekommen: Se. Exc. der Herr Minister d. K. Thienfeld aus Eisenach, der kaiserlich russische Kammer-Rat und Botschafts-Sekretär Graf Bloudoff aus Marienbad, R. und R. S. de Chateau-Renard, Sekretär der französischen Gesandtschaft am hiesigen Hofe, aus Teplicz. Abgetrennt sind: der franz. Bar. Anselm Rothschild in Begleitung des Nordbahnd-Präsidenten Dinges nach Oderberg und heute früh Baron Mayer Rothschild fandt Gemahlin nach London.

Aus Petersburg wird uns gemeldet, daß unerwartet und plötzlich an die Armeen, die bereits auf Winterquartiere hielten, der Befehl ergangen ist, in einer Ausdehnung von etwa 50 Meilen längs der preußischen Grenze vorzurücken. Ursache und Zweck hiervon sind noch in Rätsel gehüllt. (Const. 3.)

Brüssel, 21. August. [Hohe Gäste.] Gestern ist die Königin von England mit ihrem Gemahl in Ostende angekommen, wohin sich an demselben Tage auch die königlich belgische Familie begab. Früher schon waren der Prinz Friedrich von Preußen und der Herzog von Croix in Ostende eingetroffen.

Franzreich. Paris, 21. August. [Ein Angreiff auf Bonaparte in Besançon.] Die Geschüsse der Legitimisten. — Ein Schreiben des Prinzen v. Joinville. — Verschiedenes.] Nachträglich wird heute ein wichtiger Vorfall aus Besançon gemeldet, den die gestern veröffentlichten Depeschen über den Aufenthalt des Präsidenten in jener Stadt mitzuholen unterlassen hatten. Auf dem Wege nach dem Hause nämlich sah sich L. N. Bonaparte plötzlich von mehreren tausend Demagogen umgeben, die unter drohenden Gebreden feindseliges Geschrei ausschrien und ihm den Weg versperren.

## Provinzial - Zeitung.

† Breslau, 24. August. [Breslau-Posen Eisenbahnen.] Es wird die Leser dieser Zeitung interessieren zu erfahren, wie weit die Bahnhof-Angelegenheit gediehen ist. Wir teilen daher zwei Schreiben mit, das eine ist vom Magistrat an das Komitee der Oder-Worstadt, das andere vom Minister v. d. Heydt an den Oberpräsidienten der Provinz Schlesien, welche in Betreff dieser Angelegenheit nähere Auskunft geben.

Der königliche Oberpräsidient von Schlesien hat auf das, von einem Theile der Bewohner der Oder-Worstadt an das königliche Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten gerichtete und von uns untersetzte, die Richtung der Breslau-Posen Eisenbahn und die Anlegung des hiesigen Bahnhofes betreffende Schied unter II. v. M. an den Minister für Handel v. ertheilten Bescheid mitgetheilt.

So sieht z. B. die „Patrie“ schon heute zu, daß der demokratische Partei nicht verschämt, sich an die brutalen Leidenschaften zu wenden. Allerdings zeigen auch die eiszeitlichen Blätter in ihren Berichten über die präsidentielle Reise eine beispiellose Ungefährlichkeit. Die Übertriebung, mit welcher sie den Enthusiasmus des Volkes schildern, ist ein so lächerliches Maß, daß sie schon oft am nächsten Tage ihre Erzählungen berichtigten müssen. So sieht z. B. die „Patrie“ schon heute zu, daß der Breslau-Posen Eisenbahn-Pfad gegen uns ausgesprochen. Auch befinden wir uns nicht in der Lage, den zu Frankfurt zu ssenden Beschlüsse über die Verwaltung des Bundes-Eigenhums, also über eine wesentliche zur Kompetenz der wieder einzuherrschenden Bundes-Verfassung gehörige Angelegenheit in irgend einer Weise vorzugeben, indem wir dort nur eine Meinung zu äußern haben. — Da wir aber auf die Schaltung des guten Einverständnisses mit Preußen den höchsten Werth legen, und jeder zulässigen Rücksicht auf vorhandene Schwierigkeiten bereitwillig Raum geben, wenn es gilt, einem auf dieses Ziel gerichteten Vorfall des königl. Regierung entgegen zu kommen, so haben wir uns durch unsere Rechtsgeister nicht abhalten lassen, zu erwägen, in wieweit der von Preußen vorgeschlagene Ausweg den übrigen Bundes-Regierungen, bei welchen dieselbe Wunsch der Fortbildung vorausgesetzt werden darf, von uns empfohlen werden können. — Das Kaiserl. Cabinet erklärt sich demgemäß bereit, seine Stimme in Frankfurt dahin abzugeben, den der Grundzustand des preußischen Vorfallsages:

„die Verwaltung des Bundes-Eigenhums als einen von der noch schwierigen Hauptfragen über die politische Schaltung des Bundes völlig gelöste Gegebenheit zu betrachten.“

„Hm. hochmöhrgenreborn erwiederte ich auf den geselligen Bericht vom 7. v. M., betreffend die Richtungslinie der Posen-Breslauer Eisenbahn bei Breslau, unter Bezugnahme auf die mündlichen Verhandlungen bei meiner Anwesenheit dabei, folgendes ergeben:

Die von einigen Einwohnern der Oder-Worstadt und von dem dortigen Magistrat beantragte Richtung der Bahn durch die Oder-Worstadt und über den Breyerwerder für die allgemeinen Verkehrs- und Handelsinteressen zweckmäßig als die bisher projektierte Linie um die Stadt herum, mit der Brücke unterhalb der Bremming der Oderarme sein würde, ist noch nicht erwiesen. Bedenfalls würde die Bremming dieser Linie durch die Stadttheile mit den Überbrückungen der drei Oderarme bedeutend kostbarer werden.

Sollte aber wirklich das lokale Interesse der Stadt Breslau bei der Wahl der Linie durch die Oder-Worstadt so erheblich sein, wie es von einigen Seiten behauptet wird, so würde eine Berücksichtigung derselben doch in dem Falle statthaben können, wenn sich die Beteiligten verpflichteten, einen den Weg Kosten der Linie durch die Stadttheile einigermaßen entspregenden Aufschub aufzufordern.

Um diese Nebenkosten beurtheilen zu können, wird den Interessenten zu überlassen sein, in welchem vollständigen Bau-Entwurf, nebst Kosten-Beschaffung nach dem Vorteile statthaben können, wenn sich die Beteiligten verpflichteten, einen den Weg Kosten der Linie durch die Stadttheile einigermaßen entspregenden Aufschub aufzufordern.

1) Die Bahn muß für den Lokomotiv-Betrieb vollständig geeignet sein, und mit der Oder-Worstadt Eisenbahn so verbunden werden, daß der Übergang von Lokomotiven und beladenen Wagen auf diese

2) Der Hauptbahnhof muß am Ende der Bahn auf dem linken Oderufer in Anschluß an den Niederschlesisch-Märkischen Bahnhof angelegt werden, weil solcher für die Gesamt-Beratung und für den Verkehr am zweckmäßigsten erscheint. In der Oder-Worstadt jedoch ein Nebenbahnhof angelegt werden, wo Passagiere und Güter zu und abgehen können.

3) Mit der Bahn müssen solche Anlagen verbunden werden, durch welche die direkte Güter-Beratung mit der Oder auf die Bahn und umgekehrt bewirkt werden kann.

Zu 3 bemerkt ich übrigens, daß bei dem unter Leitung des Oberbaudirektors Pertzig in der Bearbeitung befindlichen Projekts auch nichts auf eine Schienenverbindung der Oder in der Nähe des Pachthofes mit der Bahn bedacht genommen ist, wodurch ein wesentlicher Grund, welcher für die Wahl der Linie durch die Oder-Worstadt geltend gemacht wird, befehligt sein dürfte.

En. Hochmöhrgenreborn erhält ich ergänzt habe, der dortigen Magistrat nach Breslau gefolgt bald entscheiden zu wollen.

Berlin, 11. Juli 1850.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

In Bezug auf: (gez.) Pommer-Esche.

An den königlichen Ober-Präsidenten der Provinz Schlesien.

† Breslau, 24. August. [Polizeiliche Nachrichten.] In der beendigten Woche sind (excl. zweier Selbstmorde und eines im Wasser verunglückten Knaben) von hiesigen Einwohnern gestorben: 34 männliche und 27 weibliche, zusammen 61 Personen. Von diesen starben: an Abzehrung 11, Altersschwäche 2, Brüchschaden 1, Durchfall (Kinder von 9 Mon. bis 1½ Jahr) 4, Lungenentzündung 4, Gehirnentzündung 1, Lufttröhrenentzündung 1, Magenentzündung 1, Nervenfeuer 3, Zahnschmerz 2, Darmentzündung 1, Darmverschwartung 1, Geisteschwäche 1, Kleinkinder 11, Lebenschwäche 2, Lufttröhrenentzündung 1, Schlagfluss 3, Scharlach 1, Lungenschwäche 7, Brustwasserflucht 1, allgemeiner Wasserflucht 2. — Unter diesen starben in den öffentlichen Krankenanstalten und zwar: in dem allgemeinen Krankenhaus 4, in dem Hospital des barmerischen Brüder 3. — Den Jahren nach befanden sich unter den Verstorbenen: unter 1 Jahr 26, von 1—5 Jahren 11, von 5—10 Jahren 2, von 10—20 Jahren 1, von 20—30 Jahren 4, von 30—40 Jahren 1, von 40—50 Jahren 6, von 50—60 Jahren 1, von 60—70 Jahren 4, von 70—80 Jahren 4, 99 Jahr 9 Mon. alt eine Witwe Namens Rosina Peiffer, geb. Klinger.

Stromsangs sind auf der oberen Oder hier angelommen: 9 Schiffe mit Eisen, 4 Schiffe mit Eisengusswaren, 4 Schiffe mit Brenzholz, 2 Schiffe mit Muscheln, 1 Schiff mit Heu, 1 Schiff mit Zinkblech, 3 Gänge Brenzholz und 4 Gänge Bauholz.

Breslau, 24. Aug. [Marktpolizei.] Am 23. d. M. ist es abermals gelungen, eine Bausperre zu ermitteln, die ganz verbotene Nahrungsmittel, nämlich Kartoffeln, zum Markte gebracht und verkauft hatte. Eine Frau in der Großen Gasse hatte nämlich der Bäuerin vor einigen Tagen einen ganzen Sack voll Kartoffeln abgekauft. Als sie die Kartoffeln zu Hause hatte, bemerkte sie erst, daß dieselben halb verfaul und von einem sehr üblen Geruch waren. Sie nötigte daher die Verkäuferin, die Kartoffeln zurückzunehmen, was auch geschah. Eben als sie die

selben auf den Wagen geladen hatte, um damit fortzufahren, kam ein Polizeibeamter hinzu, der von der Sache unterrichtet, die alten Kartoffeln in Beschlag nahm, da dieselben offenbar zum Genuss untauglich und der Gesundheit schädlich waren. Das

Verfahren ist bereits eingeleitet. Wenn dergleichen Confiskationen nur öfters vorkommen und demgemäß die Bestrafungen einzutreten, werden die Herren Bauern schon ordentliche Lebensmittel an den Markt bringen. (Bresl. Anz.)

\* Breslau, 24. August. [Unglücksfall.] Wiederum haben wir einen Unglücksfall zu berichten, der durch jugendliche Unvorsichtigkeit entstanden ist. Der 8 Jahr alte Vogel, Sohn eines Schifffers in der Rossgräf in der Oder-Worstadt, ging gestern mit mehreren Knaben nach dem Weidenbuschwerk hinter dem Schießwerder, um sich in der Oder zu baden. Von einem

dasselbst in der Nähe liegenden Schiffer wurden sie gewarnt, daß die Oder hier sehr tief wäre. Sie gingen nun ein wenig stromaufwärts, der kleine Vogel sprang ins Wasser, doch war es da tief, und er sank sofort unter. Ein Kahn war nicht in der Nähe und so mußte der kleine ertrinken. Die anderen Knaben liefen davon. Um 7 Uhr kam der Vater des Vogels glücklich, und half auf einem Kahn den Ertrunkenen suchen. Traurige Pflichterfüllung eines Vaters, während die Mutter am Ufer saß, und starr in die Fluthen blickte, wo ihr Sohn ertrunken war.

Breslau, 23. Aug. [Offentliche Gerichtsverhandlungen.] Vor Gericht stehen heut der Lehnsherr Julian Hermann Edmann Böttger, 19 Jahre alt, evangelisch und bisher unbescholt, wegen Entwendung gerichtlicher Urkunden und wissenschaftlich falscher amtsseidlicher Versicherung, und der ehemalige Postmeister August Leuzbacher, 54 Jahre alt, mosaischen Glaubens und bereits mehrfach bestraft, wegen Theilnahme an der Entwendung gerichtlicher Urkunden.

Der Anklageakte entnehmen wir Folgendes:

Bald nach Abschaffung des ersten Erkenntnisses in einer Untersuchung gegen den ic. Lebzuscher wegen Betrugs waren die Untersuchungs-Akten aus der Registratur des königl. Stadtgerichts für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten gerichtet und von uns unterschrieben, die Richtung der Breslau-Posen Eisenbahn und die Anlegung des hiesigen Bahnhofes betreffende Sache unter II. v. M. an den Minister für Handel v. ertheilten Bescheid mitgetheilt.

Um dem Ende der Untersuchung gegen den Lebzuscher wegen Betrugs der Breslau-Posen Eisenbahn und die Anlegung des hiesigen Bahnhofes betreffende Sache unter II. v. M. unter Bezugnahme auf die mündlichen Verhandlungen bei meiner Anwesenheit dabei, folgendes ergeben:

Die von einigen Einwohnern der Oder-Worstadt und von dem dortigen Magistrat beantragte Richtung der Bahn durch die Oder-Worstadt und über den Breyerwerder für die allgemeinen Verkehrs- und Handelsinteressen zweckmäßig als die bisher projektierte Linie um die Stadt herum, mit der Brücke unterhalb der Bremming der Oderarme sein würde, ist noch nicht erwiesen. Bedenfalls würde die Bremming dieser Linie durch die Stadttheile mit den Überbrückungen der drei Oderarme bedeutend kostbarer werden.

Sollte aber wirklich das lokale Interesse der Stadt Breslau bei der Wahl der Linie durch die Oder-Worstadt so erheblich sein, wie es von einigen Seiten behauptet wird, so würde eine Berücksichtigung derselben doch in dem Falle statthaben können, wenn sich die Beteiligten verpflichteten, einen den Weg Kosten der Linie durch die Stadttheile einigermaßen entspregenden Aufschub aufzufordern.

Um dem Ende der Untersuchung gegen den Lebzuscher wegen Betrugs der Breslau-Posen Eisenbahn und die Anlegung des hiesigen Bahnhofes betreffende Sache unter II. v. M. unter Bezugnahme auf die mündlichen Verhandlungen bei meiner Anwesenheit dabei, folgendes ergeben:

Die von einigen Einwohnern der Oder-Worstadt und von dem dortigen Magistrat beantragte Richtung der Bahn durch die Oder-Worstadt und über den Breyerwerder für die allgemeinen Verkehrs- und Handelsinteressen zweckmäßig als die bisher projektierte Linie um die Stadt herum, mit der Brücke unterhalb der Bremming der Oderarme sein würde, ist noch nicht erwiesen. Bedenfalls würde die Bremming dieser Linie durch die Stadttheile mit den Überbrückungen der drei Oderarme bedeutend kostbarer werden.

Sollte aber wirklich das lokale Interesse der Stadt Breslau bei der Wahl der Linie durch die Oder-Worstadt so erheblich sein, wie es von einigen Seiten behauptet wird, so würde eine Berücksichtigung derselben doch in dem Falle statthaben können, wenn sich die Beteiligten verpflichteten, einen den Weg Kosten der Linie durch die Stadttheile einigermaßen entspregenden Aufschub aufzufordern.

Zu 3 bemerkt ich übrigens, daß bei dem unter Leitung des Oberbaudirektors Pertzig in der Bearbeitung befindlichen Projekts auch nichts auf eine Schienenverbindung der Oder in der Nähe des Pachthofes mit der Bahn bedacht genommen ist, wodurch ein wesentlicher Grund, welcher für die Wahl der Linie durch die Oder-Worstadt geltend gemacht wird, befehligt sein dürfte.

Zu 3 bemerkt ich übrigens, daß bei dem unter Leitung des Oberbaudirektors Pertzig in der Bearbeitung befindlichen Projekts auch nichts auf eine Schienenverbindung der Oder in der Nähe des Pachthofes mit der Bahn bedacht genommen ist, wodurch ein wesentlicher Grund, welcher für die Wahl der Linie durch die Oder-Worstadt geltend gemacht wird, be

4526 Suchende angesprochen, und wurden 3232 mit 118,157 Rthlr. bedacht. — Die in dem vorjährigen Berichte gedachte Friederichs-Flöte ist durch Vermittelung Alexander v. Humboldt's von des Königs Majestät erworben worden. Die eben da gedachte Friederichs-Denkünz ist zum Besten der Anstalt bei den Mitgliedern Karsch, Rabner, Renner und Wolter für 5 Sgr. zu haben. — Den 48 Sömmern, die nicht müde geworden sind, der Anstalt ihre thätigen Wohlwollen zu bewahren, so wie der schlesischen Feuerversicherungs-Gesellschaft, welche die Anstalt mit einer Spende von 100 Rthlr. erfreut, und endlich dem Verein zur Unterstützung armer Handwerksmeister, welcher der Anstalt ein Kapital von 108 Rthlr. zu jahrsfester Benutzung übergeben hat, wird Seitens des Vorstandes öffentlicher Dank ausgesprochen. — Der Bericht schließt mit folgenden Worten: „Wir haben eine nicht geringe Anzahl Suchende abweisen müssen, weil sie noch nicht fünf Jahre das Bürgerrecht besitzen, und müssen wiederholen, daß jede Ausnahme ungeseßlich ist, so sehr es uns auch in einzelnen Fällen thun mag. Andere mussten unberücksichtigt bleiben, da ihre Bürger nicht im Stande befinden würden, nöthigenfalls für den Darlehnsempfänger angezogen werden zu können. Wir haben dagegen auch wieder die Genugthuung gehabt, eine Anzahl Werkstätten in Thätigkeit zu erhalten, welche ohne die Hilfe der Anstalt hätten geschlossen werden müssen. Manchem Leichtsinigen und Lässigen, der das Darlehn schnell zu verbrauchen wußte, sich aber wundert, daß er eben nur ein Darlehn und kein Geschenk erhalten, stehen Beispiele von Fleisch und Strohfehlte gegenüber, die da beweisen, welche Masse von treuer Geduld noch in dem Handwerkstand vorhanden ist.“

Der Vorstand der Anstalt besteht aus den Mitgliedern: Senior Berndt (Dirigent), Pfeffelkührer Hipau, Kunsthändler Karsch, Leihants-Direktor Klose, Strumpf-Fabrikant Lindner, Kaufmann Maier (Schuhmeister), Klempnermeister Renner, Posamentiermeister Weigelt und Drechslermeister Wolter.

Breslau, 21. Aug. [Central-Auswanderungs-Verein für Schlesien] Sitzung vom 20. August. Aus Original-Briefen von New-York, de Ruyter und Milwaukee entnehmen wir folgende Stellen: „Das Leben in Amerika ist doch in jeder Beziehung besser, als in Deutschland, und dennoch sonderbar, es gefällt im Anfang fast kein Deutscher oder Grüner (so werden die Deutschen genannt, die noch kein Jahr hier sind), denn die Deutschen sind hier verachtet und wer nur etwas Englisch kann, will gleich kein Deutscher mehr sein. Wenn ich die englische Sprache könnte, so würde ich täglich 3 Rthlr. verdienen, denn die Metallarbeiter steht hier sehr im Ansehen. Dagegen wird mit den Schlossarbeiten nicht viel hergemacht, wenn es nur zusammenpaßt. So viel als in Deutschland soll man daran nicht, denn in Amerika heißt es alle Wochen einen Schufkassen voll; wenn es nur seinem Zwecke entspricht, dann mag es aussehen wie es will. Die Männer hierin sind mit 14—15 Jahren, überhaupt hat das weibliche Geschlecht große Vorrechte. Die Amerikaner sind sehr faul. Die Männer geht auf den Markt, kauft Fleisch, Gemüse usw. und trägt es im Marktkorb hheim, oder er trägt das Kind auf dem Arm, dann das tut hier die Frau auf der Straße nicht.“ — In Übereinstimmung mit diesem Schreiben enthält ein anderes aus Milwaukee: „Das weibliche Geschlecht wird hier sehr hoch geachtet. Es ist hier ein Mann, der seine Frau schlecht behandelt hat, da haben die Amerikaner ihn eines Sonntags mit Theer bestrichen, mit Federn bestreut und dann durch die ganze Stadt geführt.“ (Diese Stelle ist von einer Dame geschrieben.) Feiner: „Milwaukee ist eine schöne Stadt mit etwa 30,000 Einwohnern. Die Straßen sind viel breiter als in Breslau und ganz gerade. Die Häuser sind meist von Holz, aber sehr nett, doch gibt es auch schon viele massive Häuser. Gemüse gibt es, wie man sie sich nur denken kann, so großartig, daß die Breslauer darüber staunen würden. Mitten durch die Stadt fließt ein Arm des Mississippi's, so breit wie die Oder, auf welchem die größten Schiffe fahren können. Die Lebensmittel sind hier viel billiger als in Deutschland, aber gute Kleider, Fußbekleidung und Handarbeiten sind sehr teuer. Es haben hier viele Malatten und Neger. Die Indianer sind rothaarig und gehen nackt, nur eine wollene Decke haben sie um. Sie haben schwarze Haare, die ihnen in lauter Weise hängen, und die Männer haben oben auf dem Kopf schwarze oder rothe Federn stecken. Die Weißen haben ihre Haare lang herunterhängen. Die Sprache des Indianer gefällt mir nicht; es ist, als wenn kleine Kinder lachten.“ — Der Brief aus der Kupfer enthalt folgende Stelle: „Du wirst es vielleicht schon wissen, wie weit zurück man hier noch ist in wissenschaftlichen Erfüllung und in Schulbildung. Mir wurde hier eine Stellung 700 englische Meilen westlich von New-York vorgeschlagen, als Lehrer in Paed., Griechisch, Deutsch und Pianoforte, bei einem jährlichen Gehalte von 5—600 Rthlr. und freier Station. Mein Gehalt sollte sich binnen kurzer Zeit vermehren. Ich habe täglich in 3—4 verschiedenen Klassen zu unterrichten. Das Seminargebäude ist groß und schön. Im Sommer haben wir 3—400 im Winter aber gegen 600 Schüler, weil im Sommer die Schüler zu Hause in ihren Farmen beschäftigt sind. Somit junge Damen als Studenten, im Alter von 14—20 Jahren, sind zur Teilnahme am Unterricht berechtigt.“ (Schreiber dieses Briefes ist ein Handlungsdienster, der vorher die Gymnasialklassen durchcourte hat, dann die Handlung erlernt und jetzt in die Kupfer als Lehrer fungiert.)

Ein im Vereine anwesender Farmer aus Texas, Herr Wiprecht, wurde vom Vorstehenden erucht, etwas aus seinen Erfahrungen über Texas mitzuteilen. Auf die vorgelegten Fragen sagt Herr W. etwas Folgendes an. Wie groß Texas sei, könne nicht eigentlich angegeben werden, da es bis jetzt noch nicht vermessen worden. Das Land sei überall außerst fruchtbar und nicht so dicht mit Bewald bewachsen, wie in Nordamerika, darum auch das Land leichter zu kultivieren. Landwirthe aller Art finden hier alle Bedingungen vor, um ein sorgenfreies Leben sich gründen zu können. Der Boden ist, je nach der Lage, im Preis sehr verschieden. Es gibt noch geringe des fruchtbaren Landes, während es ½—1½ Doll. kostet, dasselbe liegt aber von Städten sehr entfernt; dagegen steht das Land in der Nähe der Städte sehr hoch, selbst bis 100 Doll. der Acre; allein so hoher bezahlter Boden rentiert sich nicht. Handwerker, welche die unentbehrlichen Bedürfnisse befriedigen, finden hier einen goldenen Boden, z. B. Schneider, Schuhmacher, Tischler, Wagenarbeiter, Eisenarbeiter, Bavarier, wogenen Zuscattel, Fabrikanten von neuen Fortkommen sind. Für Anlage von Mühlen und ähnlichen Werken seien die vorzüglichsten Werkstätte vorhanden. Die Furcht vor den Indianern sei eine unnötige, denn er habe in der Nähe der Indianer keinen einzigen Indianer gesehen und er sei weit in Texas herumgekommen, und habe mit einem Freunde um Hunderte von Meilen gemacht selbst in einsam und noch ganz unkultivierten Gegend in der Mitte des Staates. Das Klima sei ein herrliches. Er habe an seinem Thermometer nie mehr als 29 Gr. Wärme beobachtet, und diese Wärme sei ihm bei weitem weniger drückend gewesen, als die Kälte, welche er beobachtet, seien — 5 Gr. R. genügen, dabei habe man aber in Texas gefroren, daß man sich nicht genug in warmen Decken habe eingehüllt können. Der Gesundheitszustand sei ein ganz vorzüglicher, und das Klima sei nicht so sehr gesährlich. Dieses Klima gebe entweder vor sich durch ungewöhnliche ausdrückliche Blüte, in flüssiges süßliches Blut verwandelt. Für die Kommunikation sei noch wenig gesorgt, denn Kanäle und Eisenbahnen bestehen hier noch nicht, und seien die County's (Bezirke, Kreise) verpflichtet, die Landstraßen in gutem Zustande zu erhalten. Die Abgaben seien äußerst gering. Er habe eine Farm von 800 Doll. im Wert und seine Abgaben betragen jährlich nur 4 Doll. incl. 1 Doll. Kopfgeld, das jedoch nur der Mann entrichtet; Frauen und Kinder zahlen kein Kopfgeld. Die Anwohnenden sollen nicht veräussern, sich bei Zeiten bei den betreffenden Gerichtspersonen zu melden, bei denen sie erklären, daß sie das Bürgerrecht erlangen wollen. Hierüber bekommen sie ein Certificate, welches ihnen schon amerikanischen Schutz gewährt; z. B. ein politisch Verfolgter würde in Europa mit diesem Certificate so geschützt sein, daß man ihm nichts mehr anhaben könnte. Bei der Erteilung des Bürgerrechts, was nach 5 Jahren Aufenthalts geschieht, muß der werdende Bürger in seinem Eide auch seinen deutschen Fürsten abschwören. Der Handel in Texas sei noch in der Kindheit des griffen und beträgt sich fast noch auf Tausch. Indes gibts es für die Farmer, Handwerker und Fabrikanten Abzugstanale für ihre Produkte, wonach sie in Menge und Niemand braucht in Sorge zu sein, denn die meisten Produkte zu verwerthen. Die meisten Waaren werden aus New-Orleans eingeführt, wo Produkte, aus Europa mitgebracht, gehet, so weit er es will, frei ein, dagegen müssen Fabrik und andere Industrie-Erzeugnisse hohe Gingangssätze entrichten. Kleider und Schuhwerk aber können man frei durchbringen, und müßte man bei dem Union's-Visitation fort und fort darauf deuten, daß man dieselben nur für seinen Gebrauch mitgebracht habe. Zuscattel sind mit hohen Gingangssätzen besteuert. Töpfer sind, unter anderen, sehr entbehrliche Handwerker, da deren Stücke in Gebrauch sind und die Kugelformen von Eisen oder Blech gemacht werden. Die Keramik sind im Ganzen nicht sonderlich stiftig, aber wenn sie einmal arbeiten müssen, dann greifen sie auch ganz anders an, als die Europäer. Man möge sich hüten, zu Wielkes in Europa als nüßlich und notwendig angesehene Dinge mitzunehmen, denn die meisten derselben zeigen sich in Amerika als vollkommen

unpraktisch. So habe er sich eine wunderschöne Jagdtasche mitgenommen und dort habe er gesehen, was für ein lächerliches Ding diese ist. Die Bevölkerung ist vorwiegend amerikanisch und wird es auch bleiben. Der Deutsche accommodirt sich eher dem Fremden, als der Amerikaner. Ein herzlicher Charakter entstehe dann, wenn der Deutsche seine Gemüthslichkeit mit dem praktischen Sinne des Amerikaners vereinige. Leider sei es nun zu häufig der Fall, daß der Deutsche seine guten Charaktereigenschaften ablegt, und dann entweder unmoralisch werde, oder sich durch Härte, Unberücksicht usw. verbast mache. So charakteristische Deutsche habe er viele gesehen, dagegen nicht einen einzigen charakterlichen Amerikaner ic. Herr W. hat versprochen, in den nächsten Sitzungen noch ähnliche Mittheilungen auf Befragung zu bringen.

Aus der Auswanderungs-Zeitung las der Vorstehende einer Gesetzesentwurf zum Schuge der Auswanderer vor. Ferner teilte er mit, daß in Philadelphia ein furchtbarer Brand am 12. Juli stattgefunden habe. Gegen 400 Häuser sind in Asche gelegt, 30 Personen fielen einer Explosion zum Opfer, 9 sind entrungen, 120 schwer verwundet, 17 werden noch vermisst, also im Ganzen 160 Menschen. Der Verlust beträgt 1½ Millionen Dollar.

Der Vorstehende erucht wiederum um Zustellung von Briefschaften aus den fremden Erdthülen. Auch macht er das auswandernde Publikum aufmerksam, auf die Billigkeit und Realität der Beförderung nach Amerika durch die Reder des Vereines. Die Briefe aus der Provinz gelangen an ihn, wenn sie nur, ohne Namens- und Wohnungsangabe, an den Präsidenten des Auswanderungs-Vereines adressiert sind.

C. W.

Am 21. d. Mts. früh 3 Uhr sind wieder mit einem Extrazuge 1137 Mann österreichisches Militär vom Infanterie-Regiment Haynau von Wien in Ratibor angelommen und um 6 Uhr über Kosel nach Tarnow weiter befördert worden.

(C. C.)

Am 21. d. Mts. früh 3 Uhr sind wieder mit einem Extrazuge 1137 Mann österreichisches Militär vom Infanterie-Regiment Haynau von Wien in Ratibor angelommen und um 6 Uhr über Kosel nach Tarnow weiter befördert worden.

(C. C.)

Die Untersuchung gegen den Bürgermeister Krüger betreffend.] Das hier seit einiger Zeit kursierende Gericht, daß die bereits ein Jahr schwedende Disziplinaraufsuchung gegen unsern Bürgermeister Herrn Krüger nunmehr geschlossen und der Angeklagte von dem Ober-Disziplinarhofe zu Berlin in Bezug auf die reine Kommunalverwaltung, d. h. als Präses des Magistrats für unschuldig befunden worden sei, und demnach mit dem 1. Sept. d. J. seine Funktion als Bürgermeister wieder antreten solle, entbehrt dieser Angewind noch aller amtlichen Bestätigung. So viel ist indes gewiß, daß in neuester Zeit das Stadtvorgericht - Kollegium bei der königl. Regierung angefragt hat, wie lange wohl das Interimstitut der hiesigen Bürgermeisterkeit noch dauern könnte, und daß vorgenannte Behörde darauf die Antwort gegeben, daß die betreffende Angelegenheit binnen Kurzem ihre Erledigung finden werde. Aus dieser Ausserung hat sich nun jedenfalls im Publikum die Vermuthung gestaltet, daß Herr Krüger für schuldlos befunden worden sei, und nun deshalb wieder in das ihm entzogene Amt eintreten werde, jedoch nur als Bürgermeister, da er sich als Polizeidirektor verschiederener Fehler schuldig gemacht haben soll, für die man ihn jetzt durch die Entziehung dieser Zweigverwaltung, die ihm alljährlich eine Remuneracion von 200 Rtl. eintrug, bestrafen will. Sollte sich das im Umlauf befindende Gericht als ein wahres herausstellen, dann werden jedenfalls der gegenwärtige interimistische Bürgermeister Dr. Leichmann als Polizei-Direktor der königl. Regierung angestellt werden. In diesem Augenblicke befindet sich derselbs im Bade zu Landek, und Herr Medicinalprofessor Vornemann ist abermals in die Nothwendigkeit gekommen, die Bürgermeistergeschäfte und das Polizeidirektorat verwerfen zu müssen.

\* Liegnitz, 23. August. [Die Untersuchung gegen den Bürgermeister Krüger betreffend.] Das hier seit einiger Zeit kursierende Gericht, daß die bereits ein Jahr schwedende Disziplinaraufsuchung gegen unsern Bürgermeister Herrn Krüger nunmehr geschlossen und der Angeklagte von dem Ober-Disziplinarhofe zu Berlin in Bezug auf die reine Kommunalverwaltung, d. h. als Präses des Magistrats für unschuldig befunden worden sei, und demnach mit dem 1. Sept. d. J. seine Funktion als Bürgermeister wieder antreten solle, entbehrt dieser Angewind noch aller amtlichen Bestätigung. So viel ist indes gewiß, daß in neuester Zeit das Stadtvorgericht - Kollegium bei der königl. Regierung angefragt hat, wie lange wohl das Interimstitut der hiesigen Bürgermeisterkeit noch dauern könnte, und daß vorgenannte Behörde darauf die Antwort gegeben, daß die betreffende Angelegenheit binnen Kurzem ihre Erledigung finden werde. Aus dieser Ausserung hat sich nun jedenfalls im Publikum die Vermuthung gestaltet, daß Herr Krüger für schuldlos befunden worden sei, und nun deshalb wieder in das ihm entzogene Amt eintreten werde, jedoch nur als Bürgermeister, da er sich als Polizeidirektor verschiederener Fehler schuldig gemacht haben soll, für die man ihn jetzt durch die Entziehung dieser Zweigverwaltung, die ihm alljährlich eine Remuneracion von 200 Rtl. eintrug, bestrafen will. Sollte sich das im Umlauf befindende Gericht als ein wahres herausstellen, dann werden jedenfalls der gegenwärtige interimistische Bürgermeister Dr. Leichmann als Polizei-Direktor der königl. Regierung angestellt werden. In diesem Augenblicke befindet sich derselbs im Bade zu Landek, und Herr Medicinalprofessor Vornemann ist abermals in die Nothwendigkeit gekommen, die Bürgermeistergeschäfte und das Polizeidirektorat verwerfen zu müssen.

\* Breslau, 21. Aug. [Central-Auswanderungs-Verein für Schlesien] Sitzung vom 20. August. Aus Original-Briefen von New-York, de Ruyter und Milwaukee entnehmen wir folgende Stellen: „Das Leben in Amerika ist doch in jeder Beziehung besser, als in Deutschland, und dennoch sonderbar, es gefällt im Anfang fast kein Deutscher oder Grüner (so werden die Deutschen genannt, die noch kein Jahr hier sind), denn die Deutschen sind hier verachtet und wer nur etwas Englisch kann, will gleich kein Deutscher mehr sein. Wenn ich die englische Sprache könnte, so würde ich täglich 3 Rthlr. verdienen, denn die Metallarbeiter steht hier sehr im Ansehen. Dagegen wird mit den Schlossarbeiten nicht viel hergemacht, wenn es nur zusammenpaßt. So viel als in Deutschland soll man daran nicht, denn in Amerika heißt es alle Wochen einen Schufkassen voll; wenn es nur seinem Zwecke entspricht, dann mag es aussehen wie es will. Die Männer hierin sind mit 14—15 Jahren, überhaupt hat das weibliche Geschlecht große Vorrechte. Die Amerikaner sind sehr faul. Die Männer geht auf den Markt, kauft Fleisch, Gemüse usw. und trägt es im Marktkorb hheim, oder er trägt das Kind auf dem Arm, dann das tut hier die Frau auf der Straße nicht.“ — In Übereinstimmung mit diesem Schreiben enthält ein anderes aus Milwaukee: „Das weibliche Geschlecht wird hier sehr hoch geachtet. Es ist hier ein Mann, der seine Frau schlecht behandelt hat, da haben die Amerikaner ihn eines Sonntags mit Theer bestrichen, mit Federn bestreut und dann durch die ganze Stadt geführt.“ (Diese Stelle ist von einer Dame geschrieben.) Feiner: „Milwaukee ist eine schöne Stadt mit etwa 30,000 Einwohnern. Die Straßen sind viel breiter als in Breslau und ganz gerade. Die Häuser sind meist von Holz, aber sehr nett, doch gibt es auch schon viele massive Häuser. Gemüse gibt es, wie man sie sich nur denken kann, so großartig, daß die Breslauer darüber staunen würden. Mitten durch die Stadt fließt ein Arm des Mississippi's, so breit wie die Oder, auf welchem die größten Schiffe fahren können. Die Lebensmittel sind hier viel billiger als in Deutschland, aber gute Kleider, Fußbekleidung und Handarbeiten sind sehr teuer. Es haben hier viele Malatten und Neger. Die Indianer sind rothaarig und gehen nackt, nur eine wollene Decke haben sie um. Sie haben schwarze Haare, die ihnen in lauter Weise hängen, und die Männer haben oben auf dem Kopf schwarze oder rothe Federn stecken. Die Weißen haben ihre Haare lang herunterhängen. Die Sprache des Indianer gefällt mir nicht; es ist, als wenn kleine Kinder lachen.“ — Der Brief aus der Kupfer enthalt folgende Stelle: „Du wirst es vielleicht schon wissen, wie weit zurück man hier noch ist in wissenschaftlichen Erfüllung und in Schulbildung. Mir wurde hier eine Stellung 700 englischen Meilen westlich von New-York vorgeschlagen, als Lehrer in Paed., Griechisch, Deutsch und Pianoforte, bei einem jährlichen Gehalte von 5—600 Rthlr. und freier Station. Mein Gehalt sollte sich binnen kurzer Zeit vermehren. Ich habe täglich in 3—4 verschiedenen Klassen zu unterrichten. Das Seminargebäude ist groß und schön. Im Sommer haben wir 3—400 im Winter aber gegen 600 Schüler, weil im Sommer die Schüler zu Hause in ihren Farmen beschäftigt sind. Somit junge Damen als Studenten, im Alter von 14—20 Jahren, sind zur Teilnahme am Unterricht berechtigt.“ (Schreiber dieses Briefes ist ein Handlungsdienster, der vorher die Gymnasialklassen durchcourte hat, dann die Handlung erlernt und jetzt in die Kupfer als Lehrer fungiert.)

\* Goldberg, 22. August. [Hoher Besuch.] Am gestrigen Tage traten hier selbst Se. Königl. Hoheit der Prinz Friedrich Karl mit Sr. Excellenz dem Herrn Chef des Generalstabs, Generalleutnant von Reyer, und 11 höhern Generals-Offizieren hier selbst ein, um auf Ihrer militärischen Übungssreise in der Provinz auch in unserer Stadt und Gegend 2 Tage zu verweilen. Se. Königl. Hoheit und der größte Theil seiner Begleitung nahmen bei dem Mangel an Gastronomie, Ihr Absteigekarriere in Privatzimmern, und hatten ausdrücklich jeden offiziellen Empfang und alle Ehrenbezeugungen abgelehnt.

— Zu Mittag hatte Se. Königl. Hoheit eine Einladung des schon seit längerer Zeit als Spezial-Kommissarius der königl. Regierung hier selbst verweilenden Herrn v. Eisner angenommen, von welchem außer Sr. Excellenz dem Herrn Generalleutnant v. Reyer und den sämmtlichen Herrn Generalstabs-Offizieren hier selbst ein, um auf Ihrer militärischen Übungssreise in der Provinz auch in unserer Stadt und Gegend 2 Tage zu verweilen. Se. Königl. Hoheit und der größte Theil seiner Begleitung nahmen bei dem Mangel an Gastronomie, Ihr Absteigekarriere in Privatzimmern, und hatten ausdrücklich jeden offiziellen Empfang und alle Ehrenbezeugungen abgelehnt.

— (Gott mit uns.) — Lieutenant Lange vom Dampfer „von der Zonne“ erzählte in Culin folgenden zuführenden Zug. Das Schiff war auf den Strand gelungen und wurde nun von den dänischen Schiffen mit einem starken Geschützfeuer wahrschafft. Zum Beobachten und unterhalten der Besatzung, ein Raub der Flammen wurden. Die Besatzung wurde von dem Kirchen Pastoraat selbst geleitet.

— Der kürzlich in Petersburg gestorbene russische General-Major Graf Sankt-Petersburg, ein Sohn des schwedischen Kanzlers Lorenz Engestrom, diente früher als Major in der preußischen Armee. Ursprünglich lutherischer Konfession, ging er bei seiner zweiten Verkirzung zur römisch-katholischen und bei der dritten zur griechischen Kirche über.

— Aus Norwegen wird der Tod des ehemaligen polnischen Generals v. Pronyski gemeldet. Er habe mit Auszeichnung als General-Oberst die Kampagne in der Türkei und in Persien mitgemacht. Während des Krieges 1830—31 war er Chef des Generalstabes in der Insurgenten-Armee. Nach der Einnahme von Warshaw ging er nach Petersburg, wo er auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers ein Memoire über diesen Feldzug gezeichnete, welches der Männer vom Fach große Anerkennung brachte. Vor ungefähr 5 Jahren übernahm er Sr. Majestät den König einen Plan zur Festigung Königsbergs. (C. C.)

— (Gott mit uns.) — Lieutenant Lange vom Dampfer „von der Zonne“ erzählte in Culin folgenden zuführenden Zug. Das Schiff war auf den Strand gelungen und wurde nun von den dänischen Schiffen mit einem starken Geschützfeuer wahrschafft. Zum Beobachten und unterhalten der Besatzung, ein Raub der Flammen wurden. Die Besatzung wurde von dem Kirchen Pastoraat selbst geleitet.

— (Gott mit uns.) — Lieutenant Lange vom Dampfer „von der Zonne“ erzählte in Culin folgenden zuführenden Zug. Das Schiff war auf den Strand gelungen und wurde nun von den dänischen Schiffen mit einem starken Geschützfeuer wahrschafft. Zum Beobachten und unterhalten der Besatzung, ein Raub der Flammen wurden. Die Besatzung wurde von dem Kirchen Pastoraat selbst geleitet.

— (Gott mit uns.) — Lieutenant Lange vom Dampfer „von der Zonne“ erzählte in Culin folgenden zuführenden Zug. Das Schiff war auf den Strand gelungen und wurde nun von den dänischen Schiffen mit einem starken Geschützfeuer wahrschafft. Zum Beobachten und unterhalten der Besatzung, ein Raub der Flammen wurden. Die Besatzung wurde von dem Kirchen Pastoraat selbst geleitet.

— (Gott mit uns.) — Lieutenant Lange vom Dampfer „von der Zonne“ erzählte in Culin folgenden zuführenden Zug. Das Schiff war auf den Strand gelungen und wurde nun von den dänischen Schiffen mit einem starken Geschützfeuer wahrschafft. Zum Beobachten und unterhalten der Besatzung, ein Raub der Flammen wurden. Die Besatzung wurde von dem Kirchen Pastoraat selbst geleitet.

— (Gott mit uns.) — Lieutenant Lange vom Dampfer „von der Zonne“ erzählte in Culin folgenden zuführenden Zug. Das Schiff war auf den Strand gelungen und wurde nun von den dänischen Schiffen mit einem starken Geschützfeuer wahrschafft. Zum Beobachten und unterhalten der Besatzung, ein Raub der Flammen wurden. Die Besatzung wurde von dem Kirchen Pastoraat selbst geleitet.

— (Gott mit uns.) — Lieutenant Lange vom Dampfer „von der Zonne“ erzählte in Culin folgenden zuführenden Zug. Das Schiff war auf den Strand gelungen und wurde nun von den dänischen Schiffen mit einem starken Geschützfeuer wahrschafft. Zum Beobachten und unterhalten der Besatzung, ein Raub der Flammen wurden. Die Besatzung wurde von dem Kirchen Pastoraat selbst geleitet.

— (Gott mit uns.) — Lieutenant Lange vom Dampfer „von der Zonne“ erzählte in Culin folgenden zuführenden Zug. Das Schiff war auf den Strand gelungen und wurde nun von den dänischen Schiffen mit einem starken Geschützfeuer wahrschafft. Zum Beobachten und unterhalten der Besatzung, ein Raub der Flammen wurden. Die Besatzung wurde von dem Kirchen Pastoraat selbst geleitet.

— (Gott mit uns.) — Lieutenant Lange vom Dampfer „von der Zonne“ erzählte in Culin folgenden zuführenden Zug. Das Schiff war auf den Strand gelungen und wurde nun von den dän

Sonntag

## Beilage zu N° 235

der Breslauer Zeitung.

25. August 1850.

## Inserate.

## Bekanntmachung.

Zufolge § 31 der Ministerial-Instruktion vom 10ten April d. J. bringen wir den Haushaltern und deren Stellvertretern zur Kenntnisnahme, daß die Einschägung sämtlicher zum hiesigen Stadtberinge gehörigen Gebäude, so weit sie nach dem Gesetze vom 24. Februar d. J. nicht etwa steuerfrei bleiben, zur königlichen Grundsteuer erfolgt ist.

Die Einschägungs-Nachweisungen sind in dem königl. Grundsteuer-Bureau, Elisabethstraße Nr. 10, öffentlich ausgelegt; eben so eine Liste der als nach dem Gesetze von der aufzulegenden Grundsteuer befreiten Gebäude.

Dieselben können daher von den Beteiligten täglich mit Auschluß der Sonntage, Vormittags von 8 Uhr bis 12 Uhr, Nachmittags von 2 Uhr bis 6 Uhr und zwar vom 26. dieses Monats ab bis zum 10. September d. J. einschließlich eingesehen werden.

Etwanige begründete Reklamationen gegen die Einschägung müssen in dieser 14-tägigen Frist entweder schriftlich eingereicht, oder im Bureau selbst zu Protokoll gegeben werden. Auf die nach Ablauf dieser Frist eingehenden Reklamationen wird keine Rücksicht genommen werden.

Breslau, den 23. August 1850.

Die Veranlagungs-Commission für die kgl. Grundsteuer.  
v. Woyrsch.

## Königliche Regierung!

In der am 19. d. M. anberaumten Plenarissitzung haben zehn Mitglieder der Handels-Abtheilung die schriftliche Erklärung an den Gewerberath abgegeben, daß sie ihr Mandat als Mitglieder desselben niederlegen.

Gleichzeitig veröffentlichten sieben von ihnen in den Zeitungen vom 20. d. M. ihre dem Magistrat gemachte motivierte Anzeige über diesen Schritt.

Die angeführten Gründe sind aber der Art, daß sie sowohl die härtesten Angriffe gegen das Gesetz, als gegen die bisherige Geschäftsmäßigkeit des Gewerberaths enthalten, und wir fühlen uns in beiden Fällen zu einer Erklärung an die königl. Regierung veranlaßt, um einerseits die uns zugefügte öffentliche Verächtigung zurückzuweisen, als auch die gegen das Gesetz gerichteten Angriffe, infosofern dieselben ungerechtfertigt sind, zu widerlegen.

Wir sind uns bewußt, bei allen bisher gefassten Beschlüssen uns streng innerhalb der vom Gesetz bezeichneten Grenzen gehalten zu haben; wir haben auch, wie dies der königl. Regierung aus den von uns gestellten Anträgen ersichtlich ist, dieselben jederzeit durch das Gesetz motivirt; es ist daher der öffentlich aussgesprochene Vorwurf: „die Beschlüsse des Gewerberaths waren nichts als Beeinträchtigungen des Handelsstandes“ eine Verdächtigung, welche wir mit Indignation zurückzuweisen, sowohl unserer Ehre als den von uns vertretenen Ständen schuldig sind.

Gleichzeitig wird die Zusammensetzung des Gewerberaths einem ungerichteten Tode unterworfen, als dadurch die Majorität in die Hände der Handwerker gelangt sei und die Handelsabtheilung immer übersinnm werden müsse.

Wir enthalten uns hier einer Biderlegung, da das Gesetz eine verhältnismäßige Vertretung vorschreibt und dieses Verhältnis in Breslau wohl eher zu Gunsten als zum Nachteil der Handelsabtheilung normirt worden ist, indem die Handwerker mit 17 Stimmen, die Handels- und Fabrik-Abtheilung aber mit 18 Stimmen vertreten ist.

Wenn aber der Vorwurf ausgesprochen wird, daß Gesetz und seine Handhabung fördern den Frieden unter den Volksklassen und werfe die Fackel der Zivietracht unter sie, es hemme die Verbarmkommung der Gewerke und verbündere den Übergang des Handwerks zum fabrikmäßigen Betriebe, es seien die Grenzen zwischen Fabrik und Handwerk und zwischen den einzelnen Gewerben nicht zu finden, so müssen wir dies Alles auf das Entscheidende widerlegen.

Der Friede unter den gewerbetreibenden Klassen war vielmehr gestört und ist es noch durch die zahllosen Beeinträchtigungen des Handwerks durch den Handelsstand.

Es wird der königl. Regierung nicht unbekannt sein, daß der sehr bedeutende Theil der Bevölkerung, die Handwerker, getrieben von der überhandnehmenden Not, die Forderung aussprach: Negierung der Handwerkerverhältnisse durch ein Gesetz, welches dem Handwerker sein Eigenthum, die Produktivität, sichert gegen die erdrückende Gewalt des Kapitals, gegen die Eingriffe des Handels, gegen den Wucher. — Se. Majestät selbst haben die Witten der Handwerker entgegen

genommen und ihnen Gewährung verheißen, indem Ullerhöchsttheile die vielfachen Beschwerden für begründet erkantem. Das Königliche Erlass ist von dem hohen Ministerium durch Erlass der Verordnung vom 9. Februar 1849 eingelöst, die Kammer haben denselben ihre Sanktion ertheilt, und wie sprechen hiermit die Überzeugung des bei weitem größten Theiles der Gewerbevertreter aus, wenn wir erklären, daß die Handhabung der genannten Verordnung nicht den Frieden fördern, wohl eher ihn herstellen wird.

Die Beeinträchtigungen, welche die Mitglieder der Handelsabtheilung in den Beschlüssen des Gewerberaths zu finden glauben, beruhen nur auf Befestigung bisher bestandener Missbraüche, und wenn der Handelsstand davon betroffen wird, so röhrt das davon her, daß er weit über die von seinem Beruf vorgeschriebenen natürlichen Grenzen hinausging und den Handwerkerstand durch eine lange Reihe von Jahren so wesentlich beeinträchtigte, daß derselbe seiner gänzlichen Auflösung nahe ist.

Eben so wenig hindert das Gesetz den Übertritt des Handwerks in die Fabrik. Wo eine wirkliche Fabrik besteht, oder eine solche errichtet werden soll, wird sie auch jederzeit als Fabrik betrachtet werden, wo aber das Wort „Fabrik“ blos als Vorwand dienen soll, um den Bestimmungen des Gesetzes über den Handwerksbetrieb zu entgehn, um die durch das Gesetz bestimmten Eingriffe des Handels in die Rechte des Handwerks und den Wucher mit fremden Kräften und Kenntnissen auch ferner ausüben zu können, da wird der Gewerberath stets im Sinne des Gesetzes entscheiden, wie er bis jetzt entschieden hat, weil er es für seine Pflicht hält, die Rechte seiner Vollmachtgeber zu wahren und dem Gesetz in allen Beziehungen Geltung zu verschaffen.

Breslau, den 23. August 1850.  
Der Gewerberath II. und III. Abtheilung  
und I. Mitglied der I. Abtheilung.

## Der evangelische Verein

versammelt sich Dienstag den 27. August, Abends 7½ Uhr.

Tagesordnung: Die evangelische Kirchenverwaltung.

## Konsstitutionelle Bürger-Ressource.

Montag den 26. August, Tagesordnung: Vortrag über die Wirklichkeit des Gewerberaths in Breslau.

## Protest.

In Folge der Bekanntmachung des königl. Polizei-Präsidiums, welche den hiesigen Kleiderhändlern, die nach der Verordnung vom 9. Februar 1849 selbstständige Betreibung des Schneiderhandwerks nicht befugt sind, die Annahme von Bestellungen im Detail verbietet, fanden sich die Magazinhaber veranlaßt, im „Namen“ der für sie arbeitenden Schneidermeister ohne ihr Wissen und ihre Veratzung eine Bekämpfung an die königl. Regierung anzugreifen und durch Intrigen sich Unterschriften von Schneidern zu erlangen, indem einige sogar den ärmeren Schneidermeistern drohten mit sofortiger Entziehung der Arbeit, wenn sie nicht mit unterschreiben würden. Auf diese Weise haben sie auch mehrere Unterschriften erlangt. Auch manche andere, denen sie nicht drohten, haben ihre Namen unterzeichnet aus Furcht, die Arbeit zu verlieren.

Die Schrewe enthielt die Darlegung, wie die Existenz der Magazinhaber durch obiges Verbot gefährdet sei, und die königl. Regierung wurde darum um Aufhebung derselben gebeten.

Auf Grund dieser Thatache verlammten sich die von der Sache betroffenen Schneidermeister am 22. d. M. und beschlossen in ihrer Gesamtheit, außer 4 Stimmen, ein solches Graben der Magazinhaber für ungültig, die Unterschriften der Schneider, welche unterzeichnet haben, für null und nichtig zu erklären, sie sind daher genötig, die Angelegenheit der öffentlichen Meinung zur Beurtheilung anheim zu stellen. Ebenso soll der königl. Regierung angezeigt werden, daß die Schneider mit jenem Proteste der Händler nichts gemein haben, und diese um die strenge Durchführung des Gesetzes vom 9. Februar zu bitten.

Im Auftrage der Versammlung:  
J. Schaub. V. Linke. C. Anders.

In der Schles. Zeitung Nr. 221 vom 24. d. in dem Bericht über die Verzählung des Schneidermeisters befindet sich ein Protest des Inhalts, daß die hiesigen Kleiderhändler, die für sie arbeitenden Schneidermeister durch Androhung von Arbeits-Entziehung veranlaßt hätten, eine Beschwerde-Schrift an die königl. Regierung gegen den politischen Erlass vom 10. zu unterzeichnen.

Diese den Magazin-Händlern angedachte Handlungswise müssen wir sehr unhaltbar erklären. Die Bestellmeister-Schrift haben wir vielmehr aus freiem und eigenen Antriebe vollzogen, da wir von deren Wahrheit nur zu sehr überzeugt waren.

Wir müssen gleichzeitig erklären, daß gerade der oben erwähnte Protest unserm Willen entsagen und von uns nicht ausgegangen ist.

Unter der Öffentlichkeit darzutun, daß die Rekurrenz gegen den polizeilichen Erlass bei ihrer Schrewe verbleibt, haben wir Beratssitzungen genommen, die hiermit nochmals durch unsere Untertheilungen zu erklären, und fordern zugleich diejenigen auf, die anderen Sinnes geworden, oder ihre Unterschriften nur durch Androhung oder Intrigue hergegeben zu haben glauben, dieses auch öffentlich zu thun.

W. Peterwitz Jun., F. Voigt, L. Mandt, F. Hoffmann, M. Kas, M. Gauß, Elias, Knuth, Meier, Jorgs, Kirsch, Schöps, Kalbs, Müller, Tompa, Koch, Schneider, Bentkowitz, Heitner, Eicheler, Wendrich, Manch, Zimmermann, Schwerner, J. Danziger, Ritsche, Schreiber, A. Abele, Holler, Appel, Vogel, Schuler, Viebs, Niedermann, sämtlich Schneidermeister, und die Schneider-Büttner, Weirauch und Jedlicka.

## Deutsche Lebens-Versicherungs-Gesellschaft in Lübeck.

Grunderkapital 1¼ Millionen Mark Courant; Reservefonds 1¼ Million Mark Courant.

Diese in Deutschland seit 20 Jahren bestehende Renten- und Lebens-Versicherungs-Anstalt übernimmt durch den unterzeichneten Versicherungen:

- 1) auf Lebenszeit,
- 2) von Aussteuern und Kapitalien,
- 3) von Lebrente, Wittwen-Gehalten und Pensionen,
- 4) von Militär-Personen, Militär und Polizei-Beamten, Gendarmen,

a. auf Kriegsfuß, Feldtatt gesetzte,

b. auf Friedensfuß stehenden,

gegen tarifmäßige Prämien, welche in 1/4, 1/2 und 1/4 jährigen Renten zahlbar sind.

Die alle 4 Jahre stattfindende Dividenden-Ermittlung gewährt allen auf Lebenszeit Versicherten die Aussicht einer jährlichen Prämie.

Prospekte, Statuten, so wie auch die Druckschrift über Versicherungen von Militärpersonen, Deklarations- und Gesundheits-Attest-

Formulare werden im Comptoir des Unterzeichneten unentgeltlich verabreicht und jede weitere Auskunft erhält.

A. L. Schmidt,

Agent der Lübecker Lebens-Versicherungs-Gesellschaft, Blücherplatz Nr. 8.

## Hammonia.

Lebens- und Renten-Versicherungs-Societät in Hamburg.

Die Gesellschaft versichert das eigene, wie das fremde Leben auf die ganze Lebensdauer, oder auf kurze Zeit. Sie schließt Renten-, Pensions- und Aussteuer-Versicherungen unter den liberalen Bedingungen in jeder wünschenswerten Weise ab.

Die Prämien sind überall auf's billigste gestellt. Die Gefahr der Cholera bedingt keine höhere Prämie. Die versicherten Kapitele werden bei jedem legalen Todesfall auf's promette gezahl, während im Interesse der ganzen Gesellschaft offen beiderleiße Versicherungen mit statuenmäßiger Strenge behandelt werden.

Mehreres enthalte Pläne und Prospekte der Gesellschaft, welche bei den nächstbenannten Herren unentgeltlich entgegen genommen werden können.

Hamburg, im August 1850.

Die Direktion: H. C. Harder. Henry Glaser.

In Breslau Herr Eduard Groß.

In Lübeck: Herr Th. Heiliger.

= Berlin: H. Th. Falck & Comp.

= Köln: Herr H. Müllenbach.

= Koblenz: H. F. W. Geilhausen.

= Danzig: H. Jänicke & Koblitz.

In Königsberg: Herr H. C. Vork.

= Leipzig: Herr J. C. Weigel.

= Magdeburg: Dr. D. B. Hartung.

= Stettin: Herr Th. H. Schröder.

= Trier: Herr F. H. Eichhorn.

## Die Hutfabrik von Karl Schmidt.

Unseren gebräuchlichen Geschäftsteunden die ergebene Anzeige, daß durch den Tod des Hutfabrikanten Karl Schmidt von hier das Geschäft durchaus keine Veränderung erleide, sondern nach wie vor fort besteht. — Zugleich erlauben wir alle Dienstgen, welche Forderungen irgend einer Art an uns haben, sich spätestens binnen 14 Tagen zu melden, da wir später keine Beanspruchungen nicht realisieren können.

Breslau, den 24. Aug. 1850.

Die Hutfabrik von Karl Schmidt.

Ein junger Mann,

welcher die Landwirtschaft erlernen will, kann auf dem Dominium Oebeinig, bei Prausnitz, bald plaziert werden.

## Theater-Nachricht:

Sonntag den 25. August, 44te Vorstellung des dritten Abonnements von 70 Vorstellungen.

Zum ersten Male: „Der Teufels-Wette“, oder: „Mosen im Norden.“ Romantisches Märchen mit Vorwahl und Prolog von Wolheim. Musik von E. Steimann.

Für heute: Einlad 6½ Uhr,

Anfang 7½ Uhr.

Montag den 26. August, 44te Vorstellung des dritten Abonnements von 70 Vorstellungen.

Zum ersten Male: „Jean Bart. am Hofe.“ Historisches Lustspiel in 4 Akten von E. Berger.

Vorstellung: Anzeige.

Die Vorstellung unserer jüngsten Tochter Karoline mit dem Kaufmann Herrn Adolph Levin aus Elbing zeigen wir Verwandten und Bekannten hiermit ergeben an.

Landsberg a/W., den 24. August 1850.

Joseph Dreitel und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:

Karoline Dreitel,

Adolph Levin.

Entbindung: Anzeige.

Meine geliebte Frau Bertha, geb. Fabian wurde heut von einem gesunden Knaben

glücklich entbunden.

Hainau, den 22. August 1850.

Dr. Egger.

Todes-Anzeige.

Heute Abend um halb 10 Uhr starb nach kurzen, aber schweren Leiden unter heiliggelebtes, einziges Kind, Namens Reich, im Alter von 9 Jahren, 1 Monat und 8 Tagen. Die Verlobten widmen wir diese Anzeige Freunden und Bekannten, statt besonderer Meldung.

Guhau, den 22. August 1850.

Lebre Weise und Frau.

Todes-Anzeige.

Den heutigen Tag unter guten Schwager, Onkel und Geschwistern, des Häuser-Administrations-Inspectors Samuel Gottlob Sauer, im Alter von 70 Jahren und 2 Monaten, zeigen wir hiermit allen Freunden und Bekannten, statt besonderer Meldung an, mit der Bitte um Teilnahme.

Guhau, den 24. August 1850.

Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Heute Nachmittag 2 Uhr starb in Brieg unter innigster Liebe Tochter Walry, 10 Monate alt, an Zahnkrämpfen, welches wir liebster, seit jeder besondere Meldung, Freunden und Bekannten, mit der Bitte um Hilfe Zeichen nahmen, anzeigen.

Hohenlohe-Hütte, den 23. August 1850.

Schicht-Meister A. Friedrich und Frau.

**Substation-Bekanntmachung.**  
Zum notwendigen Verkaufe des hier unter Nr. 3 der Neuen Weltgasse belegenen, dem Medbändler Johann Kruse gehörigen, auf 1493 Athr. 18 Sgr. 3 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin  
auf den 27. September 1850,

Vormittags 10 Uhr,  
vor dem Herrn Stadtkreis-Rath Schmidt  
in unserem Porteintorhaus — Junkern-Straße  
Nr. 10 — anberaumt.

Zure und Hypotheken-Schein können in der Substation-Behörde eingesehen werden.

Zu diesem Termine wird die Maria Theresia, verm. Schötz, geb. Graupe, hier durch vorgeladen.

Breslau, den 28. Mai 1850.

Königl. Stadt-Gericht. Abteilung I.

**Bekanntmachung.**

Das in dieser Dörfernstadt sehr elegante neu erbaute Schießhaus steht dem dazu gehörigen Garten und Ackerland soll vom 1. Oktober d. J. auf aufsicht hinter einander folgende Jahre verpachtet werden.

Der Verpachtungs-Termin findet den 23. September d. J., Nachmittags Punkt 3 Uhr, in der Behandlung des Schützen-Vereins C. Wöhrls statt, woselbst für hierauf feststehende die Pachtungsbedingungen vom heutigen Tage ab zur Einsicht ausliegen.

Brieg, den 17. August 1850.

Der Schützen-Vorstand.

**Bekanntmachung.**

Der auf den 30. Dezember 1850 Vormittags um 11 Uhr vor der Königl. Kreis-Gerichts-Kommission zu Gedenken, Beifall notwendiger Substation-Veräußerung Verkaufserm, betreffend das Begrüßt Nr. 1 Bückowine, Poln.-Wartenberger Kreis, wird hierdurch aufgehoben. Gedenken, den 17. August 1850.

Königl. Kreis-Gerichts-Kommission.

**Brennerei-Verpachtung.**

In Groß-Schottgau, bei Göttin, an der Breslau-Schottgauer Poststraße ist die Schank-Gesellschaft, Brennerei, Gastronomie und Ausspannung von Michaelis d. J. ab zu verpachten.

Für die dassige Brauerei wird ein Dienst-Brauer gesucht, jedoch nur persönliche Anmeldungen werden angenommen.

Das Dominium.

**Pferde-Versteigerung.**

Die beiden Reitpferde (Hus und Braun), aus dem Nachlass des Kürschners-Hauptmanns, Herrn v. Gelbhorn, sollen Donnerstag den 29. d. M. Mittags 12 Uhr, im Kürschners-Palais gegen sofortige Zahlung versteigert werden.

Breslau, den 24. August 1850.

Hertel, Kommissions-Rath.

**Auktions-Anzeige.**

Montag den 26. d. M., Nachm. 9 Uhr, sollen in Nr. 3 alte Taschenkäse die Effekten, also Bettwäsche, Kleidungsstücke, Möbel, Hausrat, und eine Partie Muffaten und Bücher, gegen sofortige Zahlung versteigert werden.

Breslau, den 24. August 1850.

Hertel, Kommissions-Rath.

**Auktions-Anzeige.**

Mittwoch den 28. d. M., Vorm. 9 Uhr und Nachm. 2 Uhr und den folg. Tag soll mit Versteigerung der zur Kaufmann Märtin'schen Konkursmasse gehörigen Porzellans, Steinguts und Glas-Waren in Nr. 3 alte Taschenstraße fortgesfahren werden.

Breslau, den 24. August 1850.

Hertel, Kommissions-Rath.

**Herrings-Auktion.**

Eine Partie von circa 20 Tonnen Matjes- und Hühner-Herrings soll Montag den 26. d. M., Vorm. 10 Uhr, auf dem Zuckersiede-Platz gegen sofortige baare Zahlung versteigert werden.

Mannig, Aukt.-Kommiss.

**Auktion.**

Mittwoch den 28. d. M., Vorm. 9 Uhr und Nachm. 2 Uhr und den folg. Tag soll mit Versteigerung der zur Kaufmann Märtin'schen Konkursmasse gehörigen Porzellans, Steinguts und Glas-Waren in Nr. 3 alte Taschenstraße fortgesfahren werden.

Breslau, den 24. August 1850.

Hertel, Kommissions-Rath.

**Weiß-Garten.**

Heute, Sonntag, Konzert, unter Leitung des Herrn Joh. Göbel.

**Fürstengarten.**

Heute Sonntag, großes Konzert der Breslauer Musikkompanie.

**Konzertim Schießwerder**

Montag, den 26. August

**7. Abonnement-Konzert**

unter Direktion des Herrn Joh. Göbel.

Aufzug 4 Uhr. Ende 9 Uhr. Eintritt für Nicht-Abonnenten: Herren 2 1/2 Sgr. Damen 1 Sgr.

**Im Hartmann'schen Lokale.**

Gartenstraße Nr. 23

Heute, den 25. August

**Instrumental-Konzert.**

Liebich's Garten.

Heute: Konzert der Theater-Kapelle.

**Wintergarten.**

Heute: Großes Konzert.

Eintritt pro Person 1 Sgr.

**Schwedenschanze.**

Heute Sonntag Concert. Auch findet zur Unterhaltung der gebräuchten Gäste ein Spaziergang statt, wozu

der Aufzug von Landleuten statt, wozu ergebnend einladet: August Bechteler an der Schwedenschanze.

**Erholung im Pöppelwitz.**

Sonntag den 25. Eröffnung und großes

Militär-Hornkonzert.

**Zur Tanzmusik,**

heute Sonntag den 25. Aug., lädt ergebnend ein

Seifert in Röthenbach.

**Wiederholung.**

Heute: Große Konzert.

Heute: Große Konzert.

Entree pro Person 1 Sgr.

**Schwedenschanze.**

Heute Sonntag Concert. Auch findet zur Unterhaltung der gebräuchten Gäste ein Spaziergang statt, wozu

der Aufzug von Landleuten statt, wozu

ergebnend einladet: August Bechteler an der Schwedenschanze.

**Erholung im Pöppelwitz.**

Sonntag den 25. Eröffnung und großes

Militär-Hornkonzert.

**Zur Tanzmusik,**

heute Sonntag den 25. Aug., lädt ergebnend ein

Seifert in Röthenbach.

**Wiederholung.**

Heute: Große Konzert.

Heute: Große Konzert.

Entree pro Person 1 Sgr.

**Schwedenschanze.**

Heute Sonntag Concert. Auch findet zur Unterhaltung der gebräuchten Gäste ein Spaziergang statt, wozu

der Aufzug von Landleuten statt, wozu

ergebnend einladet: August Bechteler an der Schwedenschanze.

**Erholung im Pöppelwitz.**

Sonntag den 25. Eröffnung und großes

Militär-Hornkonzert.

**Zur Tanzmusik,**

heute Sonntag den 25. Aug., lädt ergebnend ein

Seifert in Röthenbach.

**Wiederholung.**

Heute: Große Konzert.

Heute: Große Konzert.

Entree pro Person 1 Sgr.

**Schwedenschanze.**

Heute Sonntag Concert. Auch findet zur Unterhaltung der gebräuchten Gäste ein Spaziergang statt, wozu

der Aufzug von Landleuten statt, wozu

ergebnend einladet: August Bechteler an der Schwedenschanze.

**Erholung im Pöppelwitz.**

Sonntag den 25. Eröffnung und großes

Militär-Hornkonzert.

**Zur Tanzmusik,**

heute Sonntag den 25. Aug., lädt ergebnend ein

Seifert in Röthenbach.

**Wiederholung.**

Heute: Große Konzert.

Heute: Große Konzert.

Entree pro Person 1 Sgr.

**Schwedenschanze.**

Heute Sonntag Concert. Auch findet zur Unterhaltung der gebräuchten Gäste ein Spaziergang statt, wozu

der Aufzug von Landleuten statt, wozu

ergebnend einladet: August Bechteler an der Schwedenschanze.

**Erholung im Pöppelwitz.**

Sonntag den 25. Eröffnung und großes

Militär-Hornkonzert.

**Zur Tanzmusik,**

heute Sonntag den 25. Aug., lädt ergebnend ein

Seifert in Röthenbach.

**Wiederholung.**

Heute: Große Konzert.

Heute: Große Konzert.

Entree pro Person 1 Sgr.

**Schwedenschanze.**

Heute Sonntag Concert. Auch findet zur Unterhaltung der gebräuchten Gäste ein Spaziergang statt, wozu

der Aufzug von Landleuten statt, wozu

ergebnend einladet: August Bechteler an der Schwedenschanze.

**Erholung im Pöppelwitz.**

Sonntag den 25. Eröffnung und großes

Militär-Hornkonzert.

**Zur Tanzmusik,**

heute Sonntag den 25. Aug., lädt ergebnend ein

Seifert in Röthenbach.

**Wiederholung.**

Heute: Große Konzert.

Heute: Große Konzert.

Entree pro Person 1 Sgr.

**Schwedenschanze.**

Heute Sonntag Concert. Auch findet zur Unterhaltung der gebräuchten Gäste ein Spaziergang statt, wozu

der Aufzug von Landleuten statt, wozu

ergebnend einladet: August Bechteler an der Schwedenschanze.

**Erholung im Pöppelwitz.**

Sonntag den 25. Eröffnung und großes

Militär-Hornkonzert.

**Zur Tanzmusik,**

heute Sonntag den 25. Aug., lädt ergebnend ein

Seifert in Röthenbach.

**Wiederholung.**

Heute: Große Konzert.

Heute: Große Konzert.

Entree pro Person 1 Sgr.

**Schwedenschanze.**

Heute Sonntag Concert. Auch findet zur Unterhaltung der gebräuchten Gäste ein Spaziergang statt, wozu